



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen: die dreigespaltene Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

## Zum Verbandstag in München.

Herzlich willkommen! so klingt's Euch entgegen,  
Die Ihr in München zum Rate vereint,  
Die Ihr sollt forschen nach künftigen Wegen,  
Daß unser Bund uns noch inniger eint.  
Herzlich willkommen! es mög' bei Euch walten  
Wägender Sinn und ein zielklares Mühn,  
Dann wird sich voll Hoffnung die Zukunft gestalten —  
Allen zur Freude ein Dasein erblihn.

Zehn lange Jahre sind nun schon verronnen  
Wo wir uns fanden zur einigen Schar;  
Seltsame Fäden hat's Schicksal gesponnen:  
Was uns heut blühet und was einstmals war.  
Hoffend sah'n gar manche Früchte wir sprießen,  
Zweifelnd und zag manche Stunde uns schlug,  
Doch in dem ewigen rastlosen Fließen  
Eines: Die Einigkeit! vorwärts uns trug.

Ja, dieses einige zielklare Handeln,  
So manche Zwingburg hat's niedergelegt;  
Immer konnt's Knechtschaft in Freiheit verwandeln  
Wo ein Gedanke sich fruchtbar geregt. —  
Uns ist bechieden die Ernte zu schauen  
Die dieser Sinn hat zur Reife gebracht;  
Mit ihm gelang es die Stätte zu bauen  
Die für uns schützend und trutzend nun wacht.

Doch unere<sup>2</sup> Zeiten sie mahnen und fragen  
Ob wir die Pflicht, auch die letzte, getan!  
Hier hilft kein Zagen und hier hilft kein Klagen,  
Hier schafft nur Wissen sich werbend die Bahn! —  
Wissend zu werden und einig zu streben  
Das war und bleibt uns für immer das Ziel;  
Wie uns auch treiben die Stürme im Leben,  
Wir seh'n beruhigt und furchtlos ihr Spiel. . . .

Die Ihr nun wisset im ratenden Kreise:  
Lasset den Funken die Seelen durchglühn  
Jenen die draußen im öden Geleise  
Freudenarm täglich im Schweiß sich mühn:  
So wie's gewesen, zu helfen und schirmen —  
Einigen Sinnes zum Opfer bereit —  
Einer dem Andern! . . . dann möge sich türmen  
Wider uns streitend der Sader der Zeit!

Einer dem Andern! Im einigen Verbande  
Der um die Lande verbrüdernd sich schlingt,  
Er ist dem Frieden, dem Rechte zum Pande,  
Mit ihm das Ringen nach beif'rem gelingt! . . .  
Herzlich willkommen! So tönt's Euch entgegen!  
Schafft für die Zukunft und lichtet die Bahn!  
Was Ihr dann bringt sei für alle zum Segen!  
Auf drum ans Werk, und das Beste getan!

Max Eichler.

alt: Zum Verbandstag in München (Ge-  
— Mitteilungen des Verbandsvorstandes.  
— die Delegierten des IV. Verbandstages! —  
weigen ist Gold. — Zum IV. Verbandstag.  
— weshalb stockt die Reichs-Sozialpolitik. — Rund-  
schau. — Briefkasten. — Anzeige.

Beilage: Zum IV. Verbandstag. — Ver-  
bandsbeiträge und Unterstiftungen. — Aus der  
Provinz. — Der Sturmlauf des Münchener Ma-  
schinenmeister-Klubs gegen die Rotations-Hilfsar-  
beiter. — Korrespondenzen (Dresden, Hannover,  
München, Straßburg i. E.). — Literatur.

## Mitteilungen des Verbands- vorstandes.

Sämtliche Zuschriften an die Verbandsvor-  
sitzende und den Kassierer sind in der Zeit vom  
30. Mai bis 5. Juni nach München, Theresien-  
höhe 3, Badariafeller, zu senden.

Das Mitglied Selma Bennmann, Buchnummer  
15 229, aus Leipzig, zuletzt in Frankfurt a. M., wird  
ersucht, seine Adresse an den Verbandsvorstand ge-  
langen zu lassen, resp. werden die Funktionäre um  
Mitteilung gebeten.

Ferner ersucht der Verbands-Vorstand um  
Mitteilung über den Aufenthalt des Mitgliedes  
Walter Koch, der zuletzt als Wirt in Dresden  
beschäftigt war.

Berlin III. Sämtliche Mitteilungen und Zu-  
schriften sind in der Zeit vom 30. Mai bis 6. Juni  
an Hans Groß, Berlin N., Basewalkstr. 10 IV  
zu richten.

Der Verbandsvorstand.

## An die Delegierten des vierten Verbandstages!

Unterzeichnete Verwaltung ersucht die Delegier-  
ten, soweit dies nicht schon geschehen ist, um um-  
gehende Mitteilung, mit welchem Zuge sie in Mün-  
chen eintreffen. Unsere hinausgegebenen Frage-  
bogen sind in diesem Punkte allezeit derartig un-  
bestimmt beantwortet, daß es uns unmöglich ist, bei  
den täglich in unserem Zentralbahnhof einlaufenden  
400 Zügen unseren Gästen betreffs Empfang ge-  
recht werden zu können. Soweit rechtzeitige Be-  
kanntmachung der Ankunft an uns erfolgt, werden  
Kollegen zum Empfang an der Bahn anwesend  
sein. Sollte aus irgend einem Grunde ein Versehen  
vorkommen, so ist jederzeit im Hotel Fendt, Goethe-  
straße 15—17, 2 Minuten vom Bahnhof (südblicher  
Ausgang), jedwede Auskunft dort zu erhalten.

Wir rufen Euch alle ein

**Herzliches Willkommen!**

zu. Die Verwaltung der Zahlstelle München.

## Schweigen ist Gold!

Dieser Grundsatz scheint zum diesjährigen Ver-  
bandstag die einmütige Parole unserer ganzen Mit-  
gliedschaft zu sein. Nur einige ganz vereinsamte Kol-  
legen haben diese Disziplin gebrochen und hier und  
da zu diesem oder jenem ihre Meinung frei vor der  
gesamten Mitgliedschaft verraten. Wehe ihnen!  
So wär's richtig! Wie können diese sich wagen,  
an diesem heiligen Willen der einzelnen Mitglieds-  
schaften eine Kritik zu üben? Ja, wer te Verbands-  
mitglieder, wenn es so ist und ich sehe, daß bereits  
die übergroße Mehrheit auf diesem Standpunkt  
steht, dann ist es schon richtig, unsere „Solidarität“  
künftig im Monat einmal erscheinen zu lassen. Wir  
sammeln die eingegangenen Protokolle der Zahl-  
stellen, die man auch Versammlungsberichte nennt,  
und haben damit ein Verbandsorgan. Wir bringen  
den Redakteur weniger in Verlegenheit, was er den  
Mitgliedern vorsehen soll und brauchen für dieses  
bisher verfehlte Problem nicht mehr 8000 Mark  
jährlich, sondern nur noch 4000 bewilligen. Also  
nach dem gegenwärtigen Wert und Zweck unserer  
Verbandszeitung könnte mit demselben Recht für  
eine Einschränkung, als für eine Erweiterung plä-  
diert werden. Soll dennoch ein wöchentliches Er-  
scheinen ernst gemeint sein, dann müssen aber an der  
Stätte der Bildung gründliche und tiefgehende Re-  
formen vorgenommen werden. Unsere Zeitung ist  
nicht das Sprachrohr der Mitglieder geworden; die

Gründe zu erforschen wird Sache des Verbands-  
tages sein.

Das ganze Schweigen vor dem Verbandstage  
erscheint mir nicht so goldwert; manchem Leser  
gefällt auch schließlich unsere Offenheit nicht. Ich  
befürchte vielmehr, daß man in München eine Rebe-  
schlacht führt, die alles Vergangene in den Schatten  
stellt. Es ist geradezu verdächtig, dieses auffällige  
Schweigen derer, die sonst mit Worten nicht so  
geizig sind. Zu meiner persönlichen Rechtfertigung  
stehe ich auf dem Standpunkte, daß dieser und jener  
Antrag einer würdigen und sachlichen Kritik ver-  
schiedener Seiten wert ist. Ich erinnere an unsern  
Antrag, den Verbandstag alle zwei Jahre statt-  
finden zu lassen. Kein Antrag hat mehr Berechti-  
gung als dieser. Worte der Kritik sind an Bier-  
tischen, in Betrieben und Druckerwerbungen  
genügend zu verzeichnen; unverständlich erscheinen  
dem großen Teil der Mitglieder die sich notwendig  
gemachten Konferenzen. Seit dem letzten Verbands-  
tag kann ich mich derer drei erinnern. Die erste  
Gauleiterkonferenz zu Ostern 1906 war veranlaßt  
durch die drohende Aussperrung im Steindruckge-  
werbe, die Anlageapparate und die technischen Lei-  
stungen der Hilfsarbeiter im Buchdruckgewerbe.  
Diese Konferenz war von den 11 größten Zahl-  
stellen nebst Verbandsvorstand besucht. Die zweite  
Konferenz fand Mitte Dezember 1906 in Leipzig  
statt und war fast von denselben Zahlstellen besucht.  
Anlaß hierzu war die Leipziger Tarifbewegung und  
das Resultat war der Beschluß der Allgemeinen  
Bestimmungen zum Tarif für ganz Deutschland.  
Die dritte Konferenz im Februar 1908 in Berlin  
hatte zu prüfen, ob die Tarifbewegung im Münchener  
Steindruckgewerbe mit dem Schutzverband zu  
einer umfangreichen Kraftprobe führen könne. Die  
Konferenz stellte sich auf den Standpunkt des Haupt-  
vorstandes resp. bestärkte diesen in seiner diesbezüg-  
lichen Stellungnahme.

Obwohl diese Art Konferenzen in jedem Fall  
sich plötzlich notwendig machen, waren sie im  
Sinne doch nichts anderes als Generalversammlungen,  
die allerdings am Verbandsstatut wenig gerit-  
telt haben, denn dazu lagen keine Anträge vor.  
Hervorheben will ich hiermit nur, daß diese Kon-  
ferenzen in einem Tag, mitunter in einem halben  
Tag sehr einflußreiche Maßnahmen und Tages-  
ordnungen erlebigen, insolge der beschränkten Zahl  
der in der Praxis stehenden Teilnehmer usw.

Die Notwendigkeit dieser Konferenzen ist ver-  
schiedenlich angezweifelt worden; obwohl man die-  
selbe nicht abprechen will, so stützt man sich in letz-  
ter Linie auf deren Beschlüsse, was allerdings ebenso  
verfehlt ist; denn die Konferenzen hatten plötzliche  
Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Und dies ist  
gelungen, nicht zum Schaden des Verbandes. Aus  
all diesem Angeführten spricht doch nur zu deutlich,  
daß es richtig wäre, in jedem Jahre eine General-  
versammlung des Verbandes abzuhalten mit bedeuten-  
der Reduzierung der Delegierten, ähnlich wie die  
Konferenzen. Wenn nun dieser Vorschlag für dies-  
mal als zu weitgehend nicht diskutabel ist, wird man  
doch gut tun, sich unserem Antrag zu nähern: Alle  
zwei Jahre die Generalversammlungen des Gesamt-  
verbandes abzuhalten.

Allerdings verbinden wir hiermit unseren An-  
trag zum § 29: Zahl der Delegierten; hierzu nähern  
sich die Zahlstellen Mühlhausen und Stuttgart und  
vielleicht nähert sich noch mancher Delegierte aus  
oben angeführten Gründen unseren diesbezüglichen  
Anträgen.

So manches aus der Vergangenheit möchte ich  
hier an dieser Stelle besprechen, was sich seit 1905  
in unserem Mitgliederkreis abgespielt hat und im  
Vorstandsbericht in München einen breiten Raum  
der so kostbaren Zeit beanspruchen wird. Ich greife  
zurück auf die Leipziger Tarifbewegung 1906, welche  
mit einer größeren Anzahl Opfer (ca. 80 Mitglie-  
der) verbunden war und gegen 5000 Mk. Kosten ver-  
ursachte. Diesem folgte der Leipziger Tarifabschluß  
selbst, der schließlich heute noch von vielen Aufsen-  
stehenden als etwas Unverständliches betrachtet  
wird, für die Leipziger Mitglieder jedoch ein über-  
wundener Standpunkt ist, wenn er nur erst überall  
durchgeführt wäre. Dem Leipziger Tarifabschluß  
folgte der wilde Streit bei Ulstein (Morgenpost) in  
Berlin. Auch der Ausbruch bei Gumbach in Biele-  
feld, der gegen 20 Steindrucker und Lithographen  
in Mitleidenschaft zog, beharrt noch der Besprechung.  
Auf alle Fälle muß die Kollegenchaft verlangen, daß  
solche umfangreiche Bewegungen nicht totgeschwiegen  
werden, wie das durch die Bielefelder der deutschen

Kollegenchaft gegenüber geschehen ist, denn unser  
eigenes Verbandsorgan mußte den Tatbestand erst  
aus der „Graph. Presse“ zitieren. Soweit darf es  
nicht gehen. Die Münchener Tarifbewegung im  
Steindruckgewerbe wird nicht übergangen werden  
und die Dresdener Ereignisse (das Drama aus einer  
kleinen Zahlstelle) werden neuen Staub aufwirbeln.

Dies sind so einige Momente aus der Ver-  
gangenheit. Mit noch viel mehr Zukunftsfragen  
könnte ich die Leser noch 5 Minuten vor dem Ver-  
bandstag belästigen. Ich will es hiermit jedoch ge-  
nügen lassen, damit ich mir nicht schon von vorn-  
herein den ganzen Verbandstag um Feinde mache.  
Die nun folgende Rebeschlag wird uns in vielen  
Fragen eines besseren belehren; dennoch beharre ich  
auch noch am Schluß meiner Ausführungen auf  
meinem Standpunkt: Ich halte es auch diesmal nicht  
für förderlich, wenn sich gerade die größten Zahl-  
stellen in all solchen großen Zukunftsfragen tot-  
schwiegen.

Wenn die Stadt Berlin uns 25 Delegierte nebst  
Verbandsvorstand in München vorstellt, wenn man  
sich weiter vorstellt, daß sich große Fragen um Ber-  
lin drehen, z. B. Hauptvorstand, Kassierer oder  
Sekretär, Redakteur usw., wo man um die eine  
oder andere Anstellung nicht umhinkann, so sollte  
man von der in Frage kommenden Kollegenchaft  
doch auf irgend welche Vorschläge zur besseren Lö-  
sung dieser Fragen rechnen dürfen. Aus diesen  
Gründen halte ich das Schweigen nicht für den  
besseren Teil der Tapferkeit.

Leipzig.

St u l z e.

## Zum IV. Verbandstag

Nur noch wenige Tage sind es bis zur Eröff-  
nung des Verbandstages. Die Anträge, welche dort  
zur Beratung stehen, repräsentieren eine stattliche  
Anzahl und sind schon zum Teil von verschiedenen  
Zahlstellen an dieser Stelle kritisiert und auch das  
Schicksal derselben im voraus bestimmt worden.  
Auch mit den Anträgen der Breslauer Zahlstelle  
hat man sich eingehend beschäftigt, besonders war  
es die Einführung des Invalidentrenten-Zuschusses  
und die Rückerstattung der Hälfte der eingezahlten  
Beiträge an weibliche Mitglieder im Falle ihrer  
Verheiratung. Die Vertreter der Zahlstelle Bres-  
lau werden ja auf dem Verbandstage Gelegenheit  
nehmen, diese Anträge zu motivieren, ich halte es  
aber trotzdem, und zwar um Zeit zu sparen, für an-  
gebracht, den Ereignissen etwas vorzugreifen.

Wenn Kollege Schulze-Leipzig in seinem Re-  
ferat vom 11. April sagt, daß die Zeit zur Einfüh-  
rung einer Invalidentrente noch nicht gekommen ist,  
so muß ich dagegen halten, daß der Antrag sogar zu  
spät erscheint. Schon der Verbandstag in Halle  
sollte sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen (vgl.  
Nr. 5 und 7 der „Soli.“ Jahrg. 1905). Durch die  
damaligen Meinungsverschiedenheiten der leitenden  
Personen und ihrer Widersacher wurde von diesem  
Antrage Abstand genommen mit dem Vorbehalt,  
1908 zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Zen-  
tralisation denjenigen Zahlstellen bzw. Mitglie-  
dern, welche von Anfang der Zentralisation ange-  
hören, diese Wohlfahrts-Einrichtung als sogenanntes  
Festangebinde zu machen.

Wenn wir nach Leistung von 52 Wochenbeiträ-  
gen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zahlen,  
ist es unsere moralische Pflicht, auch für diejenigen  
etwas zu schaffen, welche nach 10 und mehr Jahren,  
ohne irgend welche Unterstützung erhalten zu haben,  
das Unglück haben, früher oder später invalide zu  
werden. Die Gewährung eines Zuschusses zu der  
sehr knapp bemessenen Invalidentrente ist für uns  
kein so großes Risiko, wie oberflächlich betrachtet es  
auch den Anschein haben mag. Auch wäre diese Ein-  
richtung nach der einen Seite hin ein wirksames  
Agitationsmittel und nach der anderen Seite ein  
Bindemittel für diejenigen, die durch besondere  
Verhältnisse nur geringen Lohnen Mitglieder sind  
und nur auf eine Gelegenheit warten, um dem Ver-  
band den Rücken zu kehren.

Die Breslauer Mitglieder sind sich wohl be-  
wußt, daß die Organisation keine Versicherungs-  
anstalt ist, aber sie wissen auch, daß viele Kollegen  
und Kolleginnen den eigentlichen Wert der ersteren  
noch nicht erkannt haben, und daher wissen dieselben  
so behandelt werden wie sie sind, und nicht wie sie  
sein sollten. In diesem Umstände tranken die meis-  
ten Gewerkschaften und stehen daher vor der trau-  
rigen Notwendigkeit, an Unterstützungen das irgend  
mögliche zu leisten.

Bei jeder Agitation werden den Neuanzuerwerbenden die materiellen Vorteile des Verbandes in den schönsten Farben vor Augen geführt, trotzdem der Agitator von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß die Organisation, für welche er tätig ist, eine Kampfsorganisation und keine Versicherungsanstalt ist, sondern die Unterstützungen nur als Mittel zum Zweck dienen. Unser Antrag ist nicht als direkte Invalidenunterstützung zu verstehen, sondern nur als Zuschuß zu derselben und somit ist es auch nicht nötig, daß die Gelder getrennt verwaltet werden und gesetzlich garantiert sein müssen; denn sämtliche Unterstützungen werden doch nur so lange gezahlt, wie es die Klassenverhältnisse gestatten, ein klagbares Recht darauf steht den Mitgliedern bekanntlich nicht zu.

Wenn wir beantragen, daß die Mitglieder nach 520 gezahlten Wochenbeiträgen in den Genuss der Unterstützung gelangen sollen, selbstverständlich auch nur dann, wenn sie von der Landesversicherung als Invaliden anerkannt worden sind, so ist dies kein so gefährliches Unternehmen; denn es muß hierbei in Betracht gezogen werden, daß nur 5-6 Zahlstellen zurzeit die vorgeschriebene Karenzzeit absolviert haben, d. h. seit 1898 der Zentralisation angehören, und von diesen wiederum sich die meisten Mitglieder das Recht der Invalidenunterstützung noch nicht erworben haben. Hinzukommt noch die Frage, ob die betreffenden Zahlstellen Invaliden im Sinne unseres Antrages aufzuweisen haben.

Da wir uns für die Abschaffung des bisherigen Dreiklassen-Beitragsystems nicht erwärmen können, so haben wir demnach den Rentenzuschuß in Vorschlag gebracht. Sollte der Verbandstag eine andere Beitragszahlung beschließen, so werden wir an Ort und Stelle unseren Antrag derselben anpassen. Die Höhe des Zuschusses ist, das wird jeder, auch der Gegner dieses Antrages zugeben müssen, in den bescheidensten Grenzen gehalten, so daß die Gefährdung des sogenannten Streiffonds von vornherein ausgeschlossen ist.

Ueber den anderen Antrag, wonach den weiblichen Mitgliedern im Falle ihrer Verheiratung die Hälfte der eingezahlten Beiträge, abzüglich der bereits erhaltenen Unterstützung zurückgehalten sollen, will ich mich kurz fassen. Ich gebe zu, daß derselbe in seiner gegenwärtigen Form etwas weitgehend ist und wir werden denselben dahin formulieren, daß das betreffende Mitglied nur Anrecht auf die Rückzahlung hat, wenn dasselbe bis zum Tode des Austritts keinerlei Unterstützung erhalten hat. Auch in diesem Sinne ist der Antrag, weil unser Verband sich in seiner Mehrheit aus weiblichen Mitgliedern rekrutiert, immerhin noch von einschneidender Bedeutung, aber so lächerlich, wie Kollege Werner-Stuttgart seinen Zuhörern glauben machen wollte, ist er doch nicht.

Jede Zahlstelle hat das Recht, Anträge zu stellen (und auch zu kritisieren! Red.); wenn sie gestellt werden, liegen denselben stets die lokalen Bedürfnisse resp. Verhältnisse zugrunde. Diesen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen ist die Aufgabe des Verbandstages.

Breslau.

A. U. e. n. d.

## Weshalb stockt die Reichs-Sozialpolitik?

Der langsame Gang der Reichssozialreform ist geradezu sprichwörtlich geworden. Jahrzehnt um Jahrzehnt vergeht, ohne daß es zu einem größeren Fortschritt käme. Nur dann und wann, etwa, wenn eine Reichstagsneuwahl bevorsteht, kommt etwas Bewegung in das Getriebe der Sozialpolitik: die Parteien überbieten einander mit sozialpolitischen Anträgen und die Regierung leistet sich eine Abschlagesreform. So ist das Kinderschutzgesetz 1903 zustande gekommen, das noch immer die gewerksmäßige Ausbeutung eigener Kinder vom 10. Lebensjahre und fremder Kinder vom 12. Jahre ab duldet, von einem Verbot der gewerblichen Kinderarbeit aber himmelweit entfernt ist — ganz zu Schweigen von der Ausbeutung der Kinder in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten. Ist aber einmal ein solch winziger Fortschritt erreicht, dann machen sich Hemmnisse geltend, um die Durchführung desselben zu hindern. So muß jedes Stüchchen Arbeiterschutz, jeder Anspruch auf soziale Fürsorge durch die zähe Kraft der Arbeiterorganisation erst aufs neue erkämpft und erzwingen werden!

Zwei Ursachen sind es, die den Fortschritt der deutschen Sozialpolitik hemmen: der Einfluß der

organisierten Großindustriellen und die herrschende Reaktion in Preußen. Es ist schwer zu sagen, welcher von beiden der gefährlichere Feind ist; an Rückständigkeit und Einflüchtigkeit übertrifft aber zweifellos der Typus des preußischen Junkers auch den schlimmsten industriellen Scharfmacher. Was indes die Gefährlichkeit der preußischen Reaktion erhöht, das ist der Umstand, daß die Ausführung der sozialpolitischen Gesetze zu einem großen Teil in ihrer Hand liegt und daher alles zu wünschen übrig läßt. Nimmt man hinzu, daß Preußens Minister in der Reichsregierung mehr zu sagen haben, als deren eigene Staatssekretäre, so braucht man sich wirklich nicht mehr zu wundern, weshalb es in der Reichssozialpolitik nicht schneller vorwärts geht. Graf von Posadowsky war beides, Staatssekretär und preußischer Minister, — er wußte genau, was dem Minister bevorstand, wenn der Staatssekretär im Reichstage sozialpolitische Hoffnungen erweckte.

Mehr als einmal nahm der preußische Landtag Stellung gegen den sozialpolitischen Geist in der Reichssozialpolitik, als dessen Repräsentant besonders Graf Posadowsky galt. „Es ist . . . die höchste Zeit“, donnerte am 15. Februar 1906 der Abg. von Zeblich, „daß mit dem Charakterlosem, mit einer Staatsbräuterei, mit einer staatsverhaltenden Politik unvereinbarem bloßen Treiben vor dem sozialideologischen Winde in unserer Reichssozialpolitik ein Ende gemacht wird, daß wieder eine feste und sichere Hand nach festem, stetigen Ziele das Reichsschiff nach dieser Richtung führt, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß es schließlich auf der Klippe der sozialpolitischen Vorkherrschaft des Proletariats scheitert. Und das kann nur geschehen, wenn der Einfluß des preußischen Handelsministers auf die Sozialpolitik wieder in der Weise gestärkt wird, wie es dem ersten deutschen Bundesstaat und seiner Vertretung gebührt.“

Die Richtung, nach der Herr v. Zeblich das Reichsschiff mit fester Hand gesteuert haben wollte, war die volle Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen. Nun kann man zwar feineswegs behaupten, daß diese Interessen jemals bei der Reichssozialpolitik unberücksichtigt geblieben wären, selbst nicht im Kaufe der sog. sozialpolitischen Aera. Hatte doch derselbe Graf v. Posadowsky, gegen den sich die Geize der Scharfmacher richtete, den Großindustriellen einen maßgebenden Einfluß auf Handlungen der Regierung gestattet, wie kein Staatsmann vor ihm. Aber es genügte dieser Clique, daß er ein entschiedener Anhänger der Sozialpolitik war, um auf seinen Sturz hinzuwirken. Ein Jahr später erlag er seinen Feinden und sein Nachfolger beeilte sich, das volle Vertrauen der Arbeitgeber zu erwerben. Die preußische Reaktion feierte mit der verbündeten Großindustrie ihren Triumph!

Die Hoffnungen der Reaktionsäre auf das preußische Handelsministerium sind begreiflich, wenn man sich die Wirksamkeit dieser Behörde näher vor Augen führt. An der Verwaltung der Staatsbetriebe hat sie hervorragenden Anteil und als Arbeitgeber hat Preußen noch allezeit den einseitigsten Unternehmerstandpunkt vertreten. Ihr untersteht ferner die Durchführung und Beaufsichtigung der Arbeiterschutzgesetze, und auch darin hat sie den Arbeitgebern allezeit mehr Entgegenkommen bewiesen, als für den Arbeiterschutz und das Ansehen der Gewerbeaufsicht gut war. In der Tat hat das preußische Handelsministerium das Vertrauen der Landtagsreaktion vollauf verdient. Ein preußischer Handelsminister, Herr v. Werlesch, verteidigte 1891 die Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung. Ein anderer preußischer Handelsminister, Herr Möller, erklärt sich in einer Rede zu Köln (1903) als grundsätzlicher Gegner des Maximalarbeitsgesetzes, mit der Motivierung, daß ohne Ueberanstrengung sich niemand aus seinen Verhältnissen emporzuarbeiten vermöge. „Ich behaupte, sehr wenige Menschen gehen an der Arbeit zugrunde, vielmehr aber an Mißgung.“ Man muß schon Unternehmer von Fleisch und Blut sein, um mit solchen Argumenten den Maximalarbeitsstag zu bekämpfen. Derselbe Handelsminister hat es denn auch fertiggebracht, durch Erlaß den Schutz der Konfektionsarbeiterinnen illusorisch zu machen, indem er den Konfektionsnähen gestattete, die gesetzlich an 60 Tagen im Jahr freigelassene Ueberarbeit auf die Sonnabende zu verlegen. Er war es auch, der es durchsetzte, daß der Bergarbeiterchutz nicht durch die Reichssozialpolitik geregelt wurde, sondern der Landesgesetzgebung verblieb, und dann im preußischen Landtag die Bergarbeiter den Unternehmerinteressen preisgab. Er-

klärte doch Herr Möller die erschreckend hohen Invaliditätsziffern im Bergbau als Ausfluß einer Art Hysterie! Er mußte indes zugeben, daß eine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse stattgefunden habe, und fügte hinzu, er habe es vermieden, diese statistischen Zahlen im Plenum zu erwähnen, weil er habe fürchten müssen, daß daraus Waffen zu einem ungerechtfertigten Angriff gegen die Bergwerksbesitzer geschmiedet werden könnten. Derselbe Möller hatte auch 1893 bereits Streiks als „eine Art Geisteskrankheit“ bezeichnet, als „eine Epidemie, die über die Menschen fällt, ohne verständliche Gründe“. Wenn ein Ministerium, das berufen ist, sozialpolitisch zu wirken, in solchem Geiste geleitet wird, so darf man sich über das Stocken der Sozialpolitik im Reiche nicht beklagen.

Auch auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes zeigt sich Preußens Rückständigkeit, indem es nicht nur das Zustandekommen eines Reichsgesetzes zum Schutze der Bauarbeiter vereitelt, sondern auch jede landesgesetzliche Reform unterläßt. Hier erweist sich die preußische Regierung sogar noch reaktionärer als ihr Dreiklassenparlament, das im März 1903 einen verstärkten Arbeiterschutz der Bauarbeiter forderte. Sie ließ erklären, daß sie den Weg der Gesetzgebung nicht für empfehlenswert erachte. Ein einheitliches Gesetz könne den großen Gegensätzen zwischen Stadt und Land, Industriellen und ländlichen Bezirken nicht genügend Rechnung tragen, weshalb sie ein Vorgehen im Verwaltungswege vorschle. Während in Bayern seit 1901 eine amtliche Bautenkontrolle eingeführt ist und auch Arbeiter als Baukontrolloren angestellt hat, während in Sachsen, Baden, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Preußen und Lübeck der Bauarbeiterschutz durch Regierungsverordnungen geregelt wurde, begnügte sich die preußische Regierung mit der Veröffentlichung einiger „Grundzüge“, die alles, was auf diesem Gebiete geschehen könnte, in das Ermessen der Polizeibehörden stellten. Ein Erlaß von 1903 regt die Vermehrung des technischen Aufsichtspersonals in den Gemeindeverwaltungen an, damit auch etwas für die Ueberwachung der Bauten geschehen könne, und ein Erlaß von 1907 weist die Regierungsbehörden auf den Erlaß weiterer Polizeiverordnungen hin! Noch im April 1907 lehnte die Regierung im Landtage die Heranziehung von Bauarbeitern zur Kontrolle ab, mit der Motivierung, daß dies zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beitragen werde. Der Abgeordnete Hammer (konf.) meinte sogar, das ganze Bangeschäft werde dann in die Hände weniger Arbeiterführer übergehen! Unterdeß wächst die Zahl der Bauunfälle ins Ungeheuerliche. Im Jahre 1906 verunglückten 67 426 baugewerbliche Arbeiter, darunter 1117 tödlich und 12 670 mit länger als 13-wöchentlicher Erwerbsunfähigkeit. Unglücksfälle, wie jüngst zu Gölitz, fordern Menschenleben, — aber achlos geht Preußens Regierung an diesen Zuständen vorbei und der Bauarbeiterschutz wartet vergeblich auf seine gesetzliche Lösung!

Und so geht es auch in den übrigen Zweigen des Arbeiterschutzes. Als 1896 vom Reiche die Wäderschutzverordnung erlassen wurde, hatte der preußische Landtag nichts Geringeres zu tun, als durch Annahme eines Antrages die Regierung aufzufordern, diese Bestimmungen nicht in Wirksamkeit treten zu lassen. Diese dreiste Einmischung in Reichsangelegenheiten wiederholte sich, als die Reichskommission für Arbeiterstatistik die Einführung des Achtuhr- den Nennuhrladenschlusses empfahl. Auf Antrag v. Zeblich beschloß der preußische Landtag ein Gegenotum und bewirkte dadurch, daß die Regierung anstatt des Achtuhr- den Nennuhrladenschlusses in ihre Vorlage aufnahm. Nicht minder nahm der Landtag Anstoß an dem Schutze der Gast- und Schankwirtschaftsangehörigen, indem er den Bundesrat um eine Abänderung der betr. Schutzverordnung im Sinne der Gewährung weiterer Ausnahmen ersuchte. Ueberhaupt sind die Landtagskonferenzen geschworene Feinde jedes Maximalarbeitsgesetzes, und sie haben aus dieser Gegenwart niemals ein Hehl gemacht. Ein Bericht der freikonserватiven Partei (1898) verlangt, daß der Gesetzgeber bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sich nicht ausschließlich von dem Gesichtspunkte der Forderung der Lage der Arbeiter leiten lassen dürfe, sondern auch das Gelingen der betreffenden Erwerbszweige berücksichtigen müsse. Besonders von der Vollmacht des Bundesrates auf Einführung eines sanitären Maximalarbeitsgesetzes dürfe nur da Gebrauch gemacht werden, wo nicht bloß eine lange Dauer der

Arbeitszeit, sondern auch eine Schädigung der Gesundheit infolge dieser langen Arbeitszeit festgestellt sei. — Es erübrigt sich wohl, festzustellen, daß der Bundesrat von seiner Befugnis auch nur in diesem Sinne Gebrauch gemacht hat, aber nur sehr färglichen Gebrauch, denn bis jetzt sind erst 12 Verufe einer solchen Regelung unterworfen, während schon 1897 die deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für nicht weniger als 127 verschiedene Berufsarbeiten einen sanitären Maximalarbeitsstag als dringlich bezeichneten.

Hinsichtlich der Durchführung und Beaufsichtigung der Arbeiterschutzes gehört Preußen zu den rückständigsten Bundesstaaten. Seine Gewerbeaufsichtsbeamten sind den Polizeibehörden nachgeordnet und der selbständigen Verfügung und Exekutivgewalt beraubt. Zahlreih war ihnen der Kontrolldienst durch die Kesselrevision erschwert; auch heute noch ist diese Verbindung nicht völlig gelöst. Im Jahre 1906 wurden in Preußen nur 49,7 pCt. aller revisionspflichtigen Fabrikbetriebe kontrolliert, in Sachsen dagegen 69,2 pCt., in Württemberg 95,5 Prozent, in Hessen 59,3 pCt. Von den übrigen nicht-fabrikmäßigen Betrieben, für welche besondere Arbeiterschutzbestimmungen erlassen sind, wurden 1906 gar nur 8199 gleich 12 pCt. revidiert. Wie kann da im Ernste eine Durchführung des Arbeiterschutzes zu erwarten sein, wenn in Preußen der Fabrikbesitzer nur alle zwei Jahre und der kleine Gewerbetreibende nur alle 8-9 Jahre einmal den Gewerbeinspektor zu sehen bekommt? Gegen die Anstellung von weiblichen Aufsichtsbeamten hat die preussische Regierung sich am längsten gewehrt; auch heute sind die vier weiblichen Assistenten in Preußen noch immer nur versuchsweise eingesetzt, obwohl 1907 nicht weniger als 573 180 erwachsene und 77 367 jugendliche Arbeiterinnen in preussischen Fabriken und Bergwerken beschäftigt waren und der Handelsminister Möller zugeben mußte, daß die weibliche Fabrikaufsicht sich durchaus bewährt habe. Der neue Handelsminister Delbrück will weibliche Beamte nur in sehr beschränkter Zahl zulassen; er erklärte es für geboten, auf diesem Gebiete auch ferner nur ganz langsam und behäuflich vorzugehen. Daß in Preußen Arbeiter nicht zur Gewerbeaufsicht herangezogen werden, wie dies in Württemberg mit Erfolg geschehen ist, versteht sich danach von selbst, ebenso, daß der Anstellung von Ärzten bei der Inspektion unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet werden. Erklärte es doch der Minister Möller (1902) ausdrücklich als eine Gefahr, daß die Ärzte den sanitären Gesichtspunkten eine größere Bedeutung beimessen, als den allgemein gewerblichen und wirtschaftlichen. Die Gewerbeaufsicht solle zwar verbessern, aber nur innerhalb der Grenzen, daß die Gesamtheit des Gewerbes nicht geschädigt werde. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Gewerbeaufsicht war mehrfach Gegenstand von Debatten im preussischen Landtage. Stets wurde diese Forderung aus politischem Haß gegen sozialdemokratisch denkende Arbeiter zurückgewiesen. So erklärte 1902 Herr v. Zedlitz: „Das hieße doch einfach die Sozialdemokratie zur Herrscherin unserer ganzen Gewerbebetriebe machen.“ 1895 befandete die Regierung, daß diese Forderung wegen politischer Schwierigkeiten unausführlich sei und Herr v. Delbrück bezeichnete es 1906 als ausgeschlossen, daß Arbeiter zu Trägern der Polizeigewalt des Staates bei der Fabrikinspektion gemacht werden könnten. — Um die Rückständigkeit dieser Argumentation voll auf zu wärigen, sei daran erinnert, daß in Hessen seit 1900 sogar zum Handels- und Gewerbeamtenministerium Arbeitervertreter, und zwar organisierte Arbeiter, hinzugezogen werden.

Am deutlichsten offenbart sich jedoch Preußens Stellung zur Gewerbeaufsicht durch einen Erlaß des Handelsministers von 1907, wonach die Gewerbeaufsichtsbeamten in Staatsbahnenwerkstätten nichts mehr zu suchen hätten, weil diese Betriebe nach einigen Gerichtsentscheidungen der Gewerbeordnung nicht mehr unterständen. Diese Entschiede haben die süddeutschen Staaten nicht gehindert, ihre Staatsbetriebe freiwillig der Fabrikinspektion zu unterstellen. In Preußen benutzt der Arbeitgeber Staat die nächste Gelegenheit, um die Gewerbeinspektion über Bord zu werfen. Draftischer kann Preußens Verhältnis zur Sozialpolitik kaum gekennzeichnet werden!

Und dieses arbeiterfeindliche Treiben setzt sich auf allen Gebieten fort; kein Zweig der Sozialpolitik entgeht den Angriffen der preussischen Reaktionsäre. Gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter

in den Krankenkassen hebt das konservative Scharfmachtum des Landestages in unerbittlichster Weise, und der Reichstanzler stimmte im Herrenhause in diesen Chor ein. Bald wendet sich der Landtag gegen die Ueberhandnahme von Invalidentrenten, bald verlangt er den Wegfall der kleinen Unfallrenten unter 25 pCt., für die preussische Junker den beschimpfenden Titel „Schnapsrenten“ erfunden haben. Die Arbeitslosenversicherung ist noch nicht einmal in das Stadium von Regierungsüberlegungen getreten, und schon donnert im preussischen Landtag Herr v. Burgsdorff, die Arbeitslosenversicherung sei direkt unmoralisch, weil man, solange die Welt bestehe, mit der angeborenen menschlichen Faulheit zu rechnen habe. Der Abgeordnete Felsch hält sie schon deswegen für unmoralisch, weil man nicht unterscheiden könne, wer arbeiten wolle und wer nicht. So behandeln preussische Gesetzgeber eine Arbeiterschaft, ohne deren Intelligenz und Arbeitsseifer die deutsche Produktion niemals ihren geachteten Ruf erreicht hätte, Arbeiter, die sich große Opfer auferlegen, um ihre Arbeitslosen wenigstens vor der drückendsten Not zu schützen! — Der Kampf gegen die Arbeitersekretariate wurde nirgends in so gehässiger Weise geführt als in Preußen. Heute werden diese Einrichtungen seitens aller ernsthaften Sozialpolitiker als die hervorragendsten Schöpfungen der Arbeiterschaft anerkannt.

Auf dem Gebiete der Wohnungshygiene ist Preußen über einige schwache Anfänge nicht hinausgekommen. Ein Gesetzesentwurf von 1904 harret heute noch der Erledigung. Gegen die versuchsweise Anstellung eines Wohnungsinpektors für Düsseldorf machte der Landtag lebhafteste Opposition und das Herrenhaus konnte sich mit dieser Neuerung erst dann befreunden, nachdem der Minister versichert hatte, daß hierbei solche Schäden, wie bei der Gewerbeinspektion, nicht eintreten könnten, wo zuweilen ein überreiziger Gewerbeinspektor die Interessen geschädigt habe, die er wahrnehmen solle. Auch die öffentliche Gesundheitspflege leidet unter dem unheilvollen Einfluß des preussischen Landtages. Er bewirkte, daß bei der Medizinalreform von der Anstellung vollbefähigter Kreisärzte abgesehen und die letzteren nur im Nebenamt bestellt wurden, damit diese Leute „sich nicht mit Dingen beschäftigen, die für einfache Verhältnisse nicht angezeigt seien und die Bevölkerung durch ihre Vorschläge bloß nervös machten.“ Herr v. Groe-Planin meinte sogar im Herrenhause: „Die wissenschaftliche Forschung, ins praktische Leben überführt, könne gerade in den ärmeren Bezirken gefährlich werden.“ Noch etwas deutlicher äußerte sich einmal der Kultusminister Boffe über die Aufgabe der Wissenschaft, als er erklärte: „man müsse darauf Bedacht nehmen, daß bei der Behandlung von Arbeiterfragen der Standpunkt der Unternehmer etwas mehr als bisher zur Geltung komme, eingedenk des Wortes, daß man die Henne nicht schlachten soll, die die goldenen Eier lege.“

Damit ist denn auch Preußens Auffassung vom Wesen der Sozialpolitik zur Genüge dargelegt. Es erklärt sich, daß da, wo solche Auffassungen herrschen, soziale Reformen sich nur unter den größten Schwierigkeiten und Reibungen durchsetzen können. Die großen Erwartungen, die die Arbeiterklasse der Tätigkeit des Reichstages des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts entgegenbringt, bleiben unerfüllt, solange der preussische Dreiklassenlandtag vereint mit der Regierung nach Leibesträften bremst. In diesem Moment ist alle Sozialpolitik ein Stück Verfassungsfrage, eine politische Machtfrage. Will das arbeitende Volk eine großzügige Sozialpolitik, will es ernsthafte Fortschritte des Arbeiterschutzes unter tätiger Mitwirkung von Arbeitervertretern, will es eine demokratische Ausgestaltung der Arbeiterversicherung, will es gesunde wirtschaftliche, soziale und hygienische Verhältnisse im ganzen Reiche schaffen und erhalten, dann muß erst der Feind jedes sozialen Fortschrittes überwunden, muß Preußens Landtag eine wirkliche Volksvertretung werden, die die Regierung für ihr Tun und Lassen ernsthaft zur Verantwortung zieht. Ein demokratisches Wahlrecht für Preußen, das ist der Schlüssel aller Sozialpolitik des Reiches, den sich die preussische Arbeiterschaft bei der bevorstehenden Landtagswahl am 3. Juni erkämpfen muß.

Heraus mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für das preussische Volk! Das ist die Wahlsparole der Arbeiterklasse. Und alle Arbeiterstimmen für die Sozialdemokratie! Nur in diesem Zeichen werden wir siegen!

## Rundschau.

Der Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein ersucht um eine Aufnahme folgender

Verichtigung: Bezugnehmend auf die in dem Artikel „Breslauer Tariflos“ enthaltene Bemerkung betreffs des Breslauer Maschinenmeistervereins ist folgendes richtig zu stellen:

Es ist unwar, daß sich von seiten des Breslauer Maschinenmeistervereins eine Strömung gegen die Ziegelbruder bemerkbar macht. Wahr ist nur, daß in ein oder zwei Fällen auf Grund des Tarifs gegen die Neueinstellung von Ziegelbrüdern protestiert werden mußte, im übrigen aber gerade in Breslau diese Bestimmung sehr loyal gehandhabt wurde, wofür Beweise vorliegen.

Es wäre doch tatsächlich an der Zeit, daß Herr Wend, wenn er nun einmal keine Gelegenheit vorübergehen lassen kann, ohne sich an den Maschinenmeistern zu reiben, sich auf Tatsachen stützt und nicht nur leere Behauptungen aufstellt. Auch wäre es wohl im allgemeinen für den Verband der Hilfsarbeiter dienlicher, Fühlung mit den Maschinenmeistern zu halten, als wie beide Gruppen zu entzweien.

H. Gaertel.

Vom Kollegen Wend erhalten wir zu dieser Angelegenheit folgendes:

Wie aus dem Briefkasten der letzten Nummer zu ersehen ist, hat Herr Gaertel-Breslau eine Verichtigung eingeleitet, die leider erst in der nächsten Nummer Aufnahme finden kann. Obgleich mir der Inhalt dieser Verichtigung nicht bekannt ist, glaube ich doch erraten zu haben, daß dieselbe anlässlich meines in Nr. 9 dieses Blattes erschienenen Artikels, soweit er die Ziegelbruderfrage berührt, eingeleitet worden ist.

Wenn Herr H. für die Maschinenmeister, die sich durch diese Notiz gekränkt fühlen, in die Schranken tritt, um eine Lauge für die Herren zu brechen, so werden sie ihm gewiß sehr dankbar sein, trotzdem wird dies an den Tatsachen nichts ändern. Als Anschlag an meinen Artikel will ich nur noch kurz bemerken, daß ich auf grund der Beschwerden, die seitens meiner Kollegen bei mir vorgebracht worden sind, mich für verpflichtet hielt, die Ziegelbruderfrage wieder einmal anzuschneiden.

W.

Gegen das in Nr. 10 mitgeteilte Urteil in Sachen Stecher und St. wegen Streikpostenstehens bei Scherl in Leipzig hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Das Strafmaß in Höhe von 25 Mark für eine Dhrseige erschien wohl zu billig. Nach reiflicher Erwägung hat aber der Staatsanwalt es vorgezogen, die Berufung zurückzuziehen; es bleibt daher bei obigem Urteil.

## Briefkasten.

B. D.-I. Dresden. Ihr Artikel kann erst nach dem Verbandstag retourniert werden. — G. L.-I. Charlottenburg. Mit Dank angenommen. Nächste Nummer. — R. T.-I. Magdeburg. Zu spät eingeleitet. — R. M. Widaun. In dieser Form nicht verwendbar, näheres brieflich. — R. W. Leipzig. „Blütenlesen“ konnten leider nicht mehr untergebracht werden. — R. W. Nixdorf. Nachdem die Gelegenheit durch das Eingreifen der tariflichen Instanzen erlögigt ist, verbietet sich eine derartige Kritik. — Die Verammlungsberichte von Berlin I, Berlin II, Stettin, Grimnitzau und Odenburg sowie das „Eingeleitet“ aus Metz mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

## Anzeigen.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

### Bahnhalle Leipzig.

Sonnabend, den 13. Juni, abends 7/8 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung

im großen Saale des „Panttheon“  
Dresdenerstraße 20

Tagessordnung:

1. Bericht der Delegierten vom Verbandstage.
2. Diskussion hierzu.
3. Verbandsangelegenheiten.

Einen zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

NB. Die Versammlung muß 8 Uhr beendet sein.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 12.

Berlin, den 30. Mai 1908.

14. Jahrgang.

## Bum IV. Verbandstag.

II.

Habe ich im vorausgegangenen Artikel nur allgemein meine Anschauung über die Bedeutung des 4. Verbandstages zum Ausdruck gebracht, so werde ich in Nachstehendem versuchen, das ebenfalls in Bezug auf die vorliegenden Anträge die Beitragserhöhung und Unterstützungsrichtungen betreffend, zu tun.

Niemals dürften einer Generalversammlung unseres Verbandes die nach dieser Richtung hin gestellten Anträge in solcher Anzahl und Fülle vorgelegt worden sein, als es diesmal geschehen ist. Es bedarf keiner großen Mühe, die Ursachen, die hierzu Veranlassung gaben, zu ergründen, um das Bestreben der Mitglieder nach höheren Leistungen an und von der Verbandskasse würdigen zu können. Unsere Arbeitslosenunterstützung wird bei manchen Kollegen oder Kolleginnen oftmals recht unangenehme Gefühle ausgelöst haben, wenn sie ohne jeden Sozialzuschlag darauf angewiesen waren, mit den niedrigen Sätzen pro Woche fürlieb nehmen zu müssen, wenn sie die Unterstützung als das betrachteten, wofür sie den Zweck sie überhaupt geschaffen wurde, nämlich: die Arbeitslosen während der Zeit der Arbeitslosigkeit vor Not und Elend zu bewahren, sie vor dem Zwang zu schützen, schlecht bezahlte Arbeit annehmen zu müssen, damit nicht das Ertrugene durch das Ueberangebot der Arbeitskräfte und Unterbieten des Lohnes wieder verloren werde. So sollte die Arbeitslosenunterstützung ein Schutzwall sein und wurde infolge rechter Würdigung ihrer Bedeutung auch in unserem Verbands eingeführt. Diese Unterstützung noch weiter auszubauen muß, solange der Staat oder die Gemeinde, überhaupt die Gesellschaft durch die wahrwichtige Produktionsweise für die hierdurch geschaffenen Arbeitslosenbeere nicht selbst Mittel und Wege gefunden haben, unsere Hauptaufgabe sein. Die Unterstützung muß so gestaltet sein, daß sie den obigen Grundbegriffen mehr als bisher Rechnung trägt. Obwohl nicht zu leugnen ist, daß auch unsere bisherigen Unterstützungssätze manche Wunde geheilt und manche Träne getrocknet haben. Soll aber eine nennenswerte Ausgestaltung Platz greifen, so kann das nur mit Hilfe einer Beitragserhöhung geschehen, was uns die gegenwärtigen Kassenverhältnisse beweisen. Wenn wir die letzteren auch keineswegs als die schlechtesten bezeichnen können, so dürfen wir das eine nicht vergessen, daß sich die wirtschaftlichen Krisen immer mehr und mehr häufen und von immer längerer Dauer werden. Aber auch des Kampfes, der zur Erringung besserer Wohn- und Arbeitsverhältnisse weit notwendiger und im gegenwärtigen Stadium der Unternehmerkoalitionen weit schwieriger geworden ist, müssen wir hierbei bedenken.

Betrachten wir uns daher zunächst die Anträge des Verbandsvorstandes betreffs Beitragserhöhung, so wird man hinsichtlich der Gegenleistung nicht wenig erstaunt gewesen sein, daß der Verbandsvorstand trotz der minimalen Beitragserhöhung so tief in den Beutel zu greifen gedenkt. Daß bei 50 Pf. Wochenbeitrag 15 Mk., also ca. zwei Drittel des Lohnes, zehn Wochen lang als Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden soll, wäre ja garnicht von der Hand zu weisen, wenn nicht nach 26 Wochen Beitragsleistung dasselbe Spiel von neuem, ohne Rücksicht auf die Kranken- und Streikunterstützung, vor sich gehen könnte; wenn es nicht allen Mitgliedern freistünde, in die höhere Klasse zu zahlen, so daß man bald einfügen möchte: 90 pCt. des Lohnes darf die Unterstützung nicht übersteigen! Wenn das gesamte Lokalvermögen der Zentralkasse einverleibt werden könnte und nicht die Wöchnerinnenunterstützung — für die Mitglieder, die von einer Beitragserhöhung fast garnicht getroffen werden — zur wünschenswerten Einführung gelangen sollte. Wenn nicht die Befürchtung sehr nahe läge, daß bei der unbedingten Annahme der Anträge un-

tere anderen, ebenfalls sehr wichtigen Aufgaben darunter zu leiden hätten und die Beschüsse nicht schon nach etwa drei Monaten Geltung erhalten sollten, dann könnte man den wohlgemeinten Vorschlägen des Verbandsvorstandes ohne Einschränkung Rechnung tragen. Daß aber trotz alledem eine Anzahl Mitgliedschaften mit ihren Wünschen noch weit über das Ziel hinaus geschossen haben, verwundert weiter nicht. Auch daß sich zum diesmaligen Verbandstag zu wenig Stimmen in der „Soli.“ äußern und in einer ganzen Anzahl von Zahlstellen die Anträge des Verbandsvorstandes sans facon angenommen werden, hat ebenfalls darin seine Begründung. Die Breslauer Zahlstelle verlangt noch bei eingetretener Invalidität einen Rentenzuschuß von jährlich 72, 96 oder 120 Mk.; weiter nach 52 Wochenbeiträgen die Hälfte, nach 104 Wochenbeiträgen den Gesamtbetrag des Jahrgeldes als Reiseunterstützung auszus zahlen, ohne irgend einen Höchstbetrag dafür anzugeben. Fürwahr, die Kollegen machen es sich sehr leicht und es scheint, als ob sich die Breslauer garnicht der Konsequenzen bewußt sind, welche die Hauptkasse aus der Annahme solcher Anträge ziehen möchte. Wenn dann die Kollegen von Straßburg nach Königsberg oder von Breslau nach München Stellung annehmen, so dürfte das für die Verbandskasse ein recht teures Vergnügen werden. Hätte ich auf die Befehung von Stellen im Reichsversicherungsamt Einfluß, dann könnte man ohne weiteres den Breslauer Antragsteller nach dort in beste Empfehlung bringen, damit mal an jener Stelle das soziale Tempo etwas schneller zum Ausdruck kommt. Aber für unsere Gewerkschaft, die noch nicht auf den Vorbeeren eines zentralen Lohnstarifes ausruhen kann, sind denn doch derartige Experimente zurzeit noch als zu gewagt zu betrachten. Also nehmen wir auch Abstand von der Rückzahlung der Beiträge bei Verheiratung, damit dann nicht auch diejenigen kommen, die sich anderen Berufen (Dienstboten usw.) zuwenden. Denn die Tatsache kann doch nicht hinweggeleugnet werden, daß der größte Teil der dann verheirateten Kolleginnen infolge der niedrigen Löhne ihrer Ehegatten und der teuren Lebensmittel- und Wohnungspreise gezwungen werden, sich ihrer früheren Beschäftigung wieder zuzuwenden. Die Erfahrung hat uns ja gelehrt, daß manche Kollegin, die vorher stramm erklärte, daß sie infolge Verheiratung nicht mehr zu arbeiten brauche und demgemäß auch den Verband nicht mehr benötige, kaum daß die Fittterwochen ihr Ende erreicht, man sie schon wieder nach Arbeit fragen hörte. Hat man in Breslau erst 200 oder 300 Kolleginnen dem Verbands beigeführt, dann wird auch den Antragstellern Gelegenheit geboten, dieselben Erfahrungen zu sammeln und die Zweckmäßigkeit des § 14 der vorläufigen Abmelbung anzuerkennen. Auch wird es jenen viel leichter sein, die weiblichen Mitglieder von der bauenden Mitgliedschaft überzeugen zu können. Es hieße indirekt eine Prämie zur Förderung der Indifferenzismus auswerfen, wollte man einem derartigen Antrag seine Zustimmung geben.

Aber das große Bouquet der Anträge zeigt uns noch manche Blüte, die der Vespregung wert wäre; ich muß mich jedoch in Anbetracht des Raumes, der mir bis zum Verbandstage noch zur Verfügung steht, auf das Notwendigste beschränken. Doch bin ich mir darüber keinen Augenblick im Zweifel, daß dieselben bei der nochmaligen Siebung (Unterstützungssfrage) die ersten sein werden, die durch die Maschen des großen Durchschlags schlüpfen.

Aber auch manches Vergißmeinnicht enthält das Bouquet, das der Beachtung und Nachprüfung für spätere Zeiten wert erscheint, und damit möchte ich die Reiseunterstützung gemeint haben. Die Reiseunterstützung, die wir ja indirekt zum Teil bereits haben dadurch, daß diejenigen Kollegen, die an einen anderen Ort wandern, ihre Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt erhalten. Nur scheint mir der jetzige Modus nicht gerade der idealste zu sein. Sollte die Reiseunterstützung zur Einführung ge-

langen, so kann es meines Erachtens nach nur unter Aufrechnung mit der Arbeitslosenunterstützung geschehen, nicht aber gesondert, wie bei der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Trachten wir aber in erster Linie danach, unsere Arbeitslosenunterstützung dem Zweck und den Beiträgen entsprechend auf eine angemessene Höhe ohne Gefährdung unserer anderen Aufgaben, zu bringen, so scheint mir das am zweckmäßigsten zu sein. Nicht aber in der Weise, daß die Höhe derselben die der Gemäßigtenunterstützung überträgt. Will man aber auch unsere Arbeitslosenunterstützung zu einem wichtigen Agitationsmittel gestalten, dann müßte die Staffelung gleich anderen Organisationen in folgender Weise vorgenommen werden:

Nach 26 Wochenbeiträgen 4 Wochen Unterstützung, nach 52 Beiträgen 6 Wochen, nach 104 Beiträgen 8 Wochen und nach 156 Beiträgen 10 Wochen Unterstützung.

Bei längerer Mitgliedschaft könnte dann eine Erhöhung des Betrages eintreten. Aber das Prinzip, alles nach oben abzuschließen, scheint mir im Interesse der Agitation nicht das richtige zu sein. Das wäre ohne finanzielle Schwierigkeiten ein wirksames Agitationsmittel, was uns gegenüber anderen Verbänden dringend not tut. Wiederum ist der Wunsch geäußert worden, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Ja, was kann man aber alles unter der Bezeichnung erwerbslos verstehen? Diese Frage ist auf dem Halleischen Verbandstage 1905 in so eingehender Weise besprochen worden, daß selbst die Vertreter großer Zahlstellen, von denen die Einführung derselben beantragt war, sagen mußten: Nein, das wollen wir nicht, wir wollen nur Kranken- und Arbeitslosenunterstützung haben. Und nichts anderes haben auch andere Verbände; nennen wir daher das Kind beim richtigen Namen und geben wir unseren Unterstützungen die ihnen gebührende klare Bezeichnung, dann schaffen wir keine statutarischen Unklarheiten, die zu Mißdeutungen Veranlassung geben könnten. Eine bedeutende und einschneidende Veränderung soll dem § 17 widerfahren, der, wie es den Anschein hat, keine Daseinsberechtigung für die Zukunft haben soll. Hierzu beantragt der Verbandsvorstand, die den Zahlstellen zur Deckung der Verwaltungsausgaben verbleibenden 15 Prozent in Zukunft auf 5 Prozent herabzusetzen. Als eine glückliche Lösung kann das im Interesse der kleinen und mittleren, jedoch entwicklungsfähigen Zahlstellen nicht betrachtet werden. Gerade solche Zahlstellen, deren Mitglieder zum Teil noch recht niedrige Löhne haben und demnach nur die niedrigen Beitragsklassen in Frage kommen können und sich deren Gesamteinnahme bedeutend niedriger stellt, als bei den größeren Zahlstellen. Bei diesem Modus werden nicht die Leistungsfähigen und großen Zahlstellen getroffen, sondern die ärmsten der armen, die schon jetzt schwer um ihre Existenz ringen müssen, da sie auch infolge der niedrigen Löhne ihrer Mitglieder nicht in der Lage sind, nennenswerte Lokalbeiträge zu erheben. Ich gebe ohne weiteres zu, daß durch Uebernahme der Lokalbeamten der Verbandskasse höhere Kosten erwachsen und manche Zahlstelle der höheren Ausgaben entledigt wird. Aber ist nicht auch die Verbandskasse die Hauptnutznieherin, der durch die Umstellung der Lokalbeamten die dadurch vermehrte Einnahme an Beiträgen zugute kommt? Die Frage wird man ohne weiteres mit Ja beantworten können. Jedoch bin ich weit davon entfernt, unseren Schatzsekretär arg zu befragen, denn schon den jetzigen Modus, die Prozente nach der Gesamteinnahme zu berechnen, möchte ich beseitigt wissen. Ich glaube nicht, daß Kollege Sobahl seiner Berechnung das Ergebnis einer Umfrage zugrunde gelegt hat, was die kleinen und mittleren Zahlstellen außer für die Befolgung ihres Beamten noch für Verpflichtungen an Lokalmieten, Hauskassiersystem usw. haben. Da das Material hierzu nicht allen Ortskassierern Deutschlands zugänglich war, mag auch darin seine Begründung haben, daß sich

zu diesem Punkt noch niemand geäußert hat. Es ist auch ferner verwunderlich, daß sich zu diesem Paragraphen nur zwei Zahlstellen durch Anträge bemerkbar machen. So ist es in erster Linie die Zahlstelle Kiel, die mit ihrem „Notzettel“ dem Antrag des Verbandsvorstandes einen mächtigen Dämpfer aufzusetzen gedenkt. Aber auch diesem Antrag könnte ich nicht beipflichten, weil ich ihn als zu weitgehend betrachte und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durch die Einführung der Staffelleistungen die prozentuale Berechnung nach der Gesamteinnahme Ungleichheiten enthält. Diese auszugleichen müßte sich jeder Kassierer zum Ziel gesetzt haben. Auch hierbei müßte nach demselben Prinzip verfahren werden, wie ich bereits nach der Begründung der Staffelleistungen in meinem ersten Artikel ausgeführt habe. Die stärkeren Zahlstellen müssen den schwächeren, also den mit niedrigeren Lohnklassen, beihilflich sein, damit die letzteren in ihrer Entwicklung nicht aufgehalten oder Schaden erleiden. Daß den Zahlstellen der Provinz viel höhere Ausgaben und Ausgaben erwachsen, dürfte niemand bestreiten wollen. Mit allen Mitteln der Agitation, wie Hauskassieren, Hausagitation, zeitweiliges Abhalten von Bezirksversammlungen usw. muß gearbeitet werden, um den Mitgliederstand zu heben. In solchen Druckstädten, wo bei zwei bis drei Großbetrieben mit etwa je 40 bis 60 in Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen, bei 170 Mittel- und Kleinbetrieben, die in allen Stadtteilen verstreut liegen, aber zusammen etwa 1000 Kollegen und Kolleginnen beschäftigen, da ist die Agitation eine weit schwierigere und erheischt ganz andere Kosten und Opfer, als in den großen Druckzentren Deutschlands, wo 200 bis 300 und noch mehr in einer Druckerei beschäftigt sind. Daß sich solche Zahlstellen immer noch halten konnten, lag an der äußersten Sparsamkeit, die aber auch des öfteren zu sehr geißt werden mußte und den Idealismus einzelner auf harte Proben stellte. Zur Hebung solch kranker Finanzen werden dann Festlichkeiten veranstaltet. Daß das für eine Gewerkschaft keine idealen Zustände sein können, dürfte ohne weiteres klar sein. Um aber eine Besserung in dieser Beziehung herbeizuführen, kann solchen Zahlstellen mit den fünf Prozent wenig oder garnicht gebient sein. Darum fort mit der prozentualen Berechnung und an deren Stelle für jede verkaufte Marke einschließlich der Eintrittsmarken einen bestimmten Satz. Ohne unsere Verbandskasse zu arg zu schrauben, könnte bei zwei Pfennigen pro Beitrag und Eintritt als Rückvergütung den Zahlstellen etwas geholfen werden. Dadurch würde eine gerechte und nach jeder Richtung hin vorteilhafte Grundlage und Verteilung der Agitationskosten geschaffen. Niemand wird behaupten wollen, daß die Zahlstellen, deren Mitglieder infolge besserer Bewertung ihrer Arbeitskraft in eine höhere Beitragsklasse steuern, ebenfalls höhere Ausgaben für die Agitation zu verzeichnen hätten, als die von mir eingangs erwähnten. Bei dem gegenwärtigen Mobus wird den Zahlstellen in Zukunft gegenüber den kleinen und mittleren eine noch weit höhere Summe zufließen, wo nebenher die anderen ihr kümmerliches Dasein weit schlimmer als vordem fristen sollen. Die Jahresberichte 1907 von den Zahlstellen Berlin I und II, Leipzig, Dresden und Waizen, die meiner Berechnung zugrunde lagen, werden jeden von der Richtigkeit meiner Angaben überzeugen können. Daher bin ich der Meinung, die Aufwendungen für Agitation den kleinen und mittleren, aber entwicklungs-fähigen Zahlstellen zu schmälern, hieße die Entwicklung unseres Verbandes in Frage stellen. Daß aber keiner von uns diese Absicht hegt, steht außer allem Zweifel.

Die agitatorische Kleinarbeit ist und bleibt der Lebensnerv der gesamten Arbeiterorganisationen, daher soll auch die Kleinarbeit rationell und erfolgreich betrieben werden; so ist ebenfalls eine gründliche und praktische Instruktion und Anleitung der Zahlstellenfunktionäre eine unbedingte Notwendigkeit. Mehr als bisher müßte den geeigneten Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit geboten sein, an den gewerkschaftlichen Unterrichtsreisen teilnehmen zu können. Auch durch die Herausgabe eines Handbuchs für Verbandsfunktionäre würden wir ein Wissen verbreiten, das sich durch hundertfache Zinsen bezahlt machen würde.

Scheuen wir also auf dem Gebiete der Agitation weder Kosten noch Mühe, denn die immer stärker werdenden Unternehmerorganisationen drängen uns dazu, den Ausbau unseres Verbandes rationeller und intensiver als bisher vorzunehmen. Ne-

mehr wir an Ausbreitung gewinnen, umso leistungsfähiger werden sich unsere Klassenverhältnisse gestalten, wodurch wiederum manche Verbandstagswünsche, die für diesmal nur Wünsche bleiben werden, in Zukunft in Erfüllung gehen könnten.

Daher gilt jedem einzelnen der Ruf: Helft vereint die Agitation fördern, sei ein jeder bestrebt, neue Kämpfer und Kämpferinnen um unsere Fahne zu scharen, dann werden wir den erstrebenswerten Zielen näher kommen. Gerade zum sehnlichsten Bestehen unseres Verbandes werden unsere Vertreter zu ernstlichen Arbeiten nach München gerufen; hoffen und wünschen wir, daß ihre Verhandlungen von besten Erfolgen besetzt sein mögen, daß auch dieser Verbandstag gleich seinen Vorgängern ein weiteres Blühen und Gedeihen bringen möge. Wenn auch für diesmal nicht alle Wünsche Berücksichtigung finden können, so sind wir uns aber bewußt, daß unsere Vertreter ihr Ganzes daran setzen werden, im Interesse der Allgemeinheit etwas Brauchbares und Nützliches zu schaffen. Daher möchte ich meine Ausführungen im Sinne Tausenders mit dem Wunsche schließen, daß auch der Münchener Verbandstag von bestem Erfolg gekrönt sein möge.

Dresden.

L. Krumpfert.

## Verbandsbeiträge und Unterstüßungen.

Diese beiden Punkte werden auch auf dem vierten Verbandstag für die Delegierten wie auch für die gesamten Mitglieder das wichtigste Kapitel bilden.

Eine Beitragserhöhung ohne Unterstüßungsverbesserung wird ja auch allerseits für unbefriedigbar gehalten, inwieweit jedoch den Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen der Kampfcharakter nachteilig beeinträchtigt wird, dies in letzter Stunde zu behandeln, verbietet mir Zeit und Raum.

Mitglieder und Delegierte sind sich darin einig, daß Beitrags- und Unterstüßungsänderung gegenwärtig nicht von einander getrennt, sondern höchstens getrennt von einander behandelt werden können. Aus diesem Grunde erlaube ich mir zu diesem wichtigen Kapitel aus den vorliegenden Anträgen einige Betrachtungen. Die 1905 in Halle beschlossenen Klasseneinteilungen oder Staffelleistungen sind zu gunsten der damaligen Vertreter ausgefallen und finden in ähnlichen Organisationen Nachahmung. Dies ist wohl auch der Grund, weshalb alle ausrichtigen Anträge der Beitragserhöhung auf Erweiterung der Staffelleistungen hinausgehen.

Die vorliegenden Anträge hierzu zielen in der Mehrheit auf eine Vierklasseneinteilung hin, während der Hauptvorstand eine 5. Klasse beantragt. Mir erscheint der Antrag des Hauptvorstandes aus mehreren Gründen für praktisch und vor allen Dingen auch für auskömmlich auf eine größere Zeitdauer.

Wir müssen doch auch bei diesen Beschlüssen daran denken, nicht zu jeder Generalversammlung die Verwaltungen von jeder Mitglieder aus diesen Gründen zu beunruhigen, dies dürfte durch den weitergehenden Antrag des Hauptvorstandes erreicht werden, wenn nicht ziffernmäßig, so doch in der Form. Die Vierklassenanträge Stuttgarts wie auch Münchens treffen meiner Beurteilung nach nicht das richtige aus folgenden Gründen: Mit dem Stuttgarter Antrag zwängen wir die übergroße Mehrheit der Kolleginnen von 9-15 Mark Lohn in die zweite Klasse, welche nach dem Antrage 25 Pf. wöchentlich Beitrag leisten. Dies kann meiner Schätzung nach nicht im Interesse der in Frage kommenden Mitglieder, vor allem aber auch nicht im Interesse des Verbandes liegen, denn die gegenwärtigen Verhältnisse haben doch so viel gelehrt, daß jene Mitglieder ohne Schwierigkeiten einen höheren Beitrag leisten, demgemäß allerdings auch auf eine bessere Unterstüßung rechnen. Verschließen wir doch dieser stabilsten und ständigtsten Berufsgruppe diesen Weg nicht, verlassen wir uns aber auch nicht allein auf die Freiwilligkeit. Am Ende zielt doch die ganze Beitragsänderung nach Aufhebung der Staffelleistungen hin. Auch der Münchener Vierklassen-Antrag erscheint mir in seiner vorliegenden Form sehr verbesserungsbedürftig. Schon der Uebergang von

einer Klasse zur anderen darf meiner Beurteilung nach für die Mehrheit der weiblichen Mitglieder nicht mit 10 Pf. Beitragserhöhung verbunden sein und hindert allein schon die freiwillige Einschätzung zur höheren Klasse, was bei 5 Pf. mehr viel häufiger eintreten dürfte.

Nach dem Münchener Antrag müßten die Kolleginnen bei einem Verdienst von 12,50 und 13 Mk. den doppelten Beitrag als diese mit 8 Mk. leisten und hätten sonach auch das Recht, die doppelte Unterstüßung zu verlangen. Würden diese daran erinnern, dürfte eine ziemlich unangenehme Situation eintreten. Der Antrag erscheint mir aber auch weiter nicht genügend durchdacht, wenn alle Mitglieder über 16 Mk. Lohn einer Klasse angehören und 50 Pf. Beitrag leisten. Erstens zweifle ich daran, daß hierfür eine Majorität zu finden ist, denn wir haben glücklicherweise doch schon eine nennenswerte Zahl Kolleginnen, die über 16 Mk. verdienen und hoffentlich erreichen dies noch mehrere. Gedenkt man ernstlich, daß diese von 25 und 30 Pf. für einen 50 Pf.-Beitrag zu haben sind? Wenn es nun aber wirklich der Fall wäre, daß ich die Ideale nicht genügend einzuschärfen verfehle, dann würden auch Wunder eintreten. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte! Dann müssen wir diesen Mitgliedern auch die ihnen zukommenden Rechte in bezug auf Unterstüßung sichern und etwaige hinderliche Bestimmungen aus dem Statut entfernen. Man kann doch dann nicht mehr von ausnahmeweisen Verhältnissen reden, wie dies bei Festlegung von Bestimmungen geschehen ist, wenn es beispielsweise heißt: die Unterstüßung darf ins-gesamt 75 Proz. des Lohnes nicht übersteigen.

Va selbst wenn bei der einen Lohnklasse Kolleginnen nicht in Frage kommen, so ist es doch im Unterstüßungsfalle nicht gleich, ob ein junger Kollege mit 17 oder 18 Mk. dieselbe Unterstüßung erhält, als ein alter bald ausgeübter Kollege mit einer fünfköpfigen Familie. Da sind denn die wirtschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse doch zu verschiedenartig, um schon von hier an mit gleichem Maße zu messen. Im übrigen zweifle ich auch daran, daß nur einigermaßen Aussicht besteht, einen so gewaltigen Sprung von Beitragserhöhung zu erreichen, der Segen bei Annahme dieses Antrages scheint mir daher von vornherein sehr zweifelhaft.

Schon aus diesen knappen angeführten Gründen muß ich mir den Antrag des Hauptvorstandes in bezug auf die Klassen- und Beitragsänderung nähern. Da ich nicht im stände bin, besseres an dessen Stelle zu setzen, um nicht ähnlichen besprochenen Schwierigkeiten zu begegnen, halte ich diesen für den geeignetsten und dies war auch der Grund, warum die Mitgliedschaft L. in dieser Richtung keine Anträge gestellt hat.

Nicht so einfach erscheinen mir die Vorschläge in bezug auf die Unterstüßung. Ich kann heute nur ein paar Worte zur Arbeitslosenunterstützung anführen. Rechnerisch genommen kann man nicht Anträge beschließen, die auf abgerundete Mark abschließen, sondern jede beantragte Unterstüßung sollte auf Tage berechnet werden. Ziehen wir noch kurz einen Vergleich bei der Arbeitslosenunterstützung zwischen München und dem Hauptvorstand, so erscheint mir beides bedenklich. Es dürfte schwer eintreten, daß Zahlstellen, welche seit Jahren hohe Sozialbeiträge, aber auch nennenswerte Unterstüßungen geleistet haben, dies mit einem Male aufgeben, oder wieder neue Sozialzuschläge zu diesem Zweck erheben. Aus diesem Grunde sind die Anträge München in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung nicht dazu angetan, für die beantragte Beitragserhöhung zu wirken, ohne daß wir uns dabei an unseren Idealen oder Kampfcharakter etwas vergehen. Dagegen erscheinen mir die Anträge des Hauptvorstandes etwas zu kompliziert und vor allem zu langfristige. Wir brauchen zur diesjährigen Generalversammlung nicht festlegen, was wir in 4 oder gar in 5 Jahren für Sätze zahlen können, denn spätestens 1911, also in drei Jahren, ist wieder Generalversammlung, revidieren wir dann und legen zu, wenn es das Portefeuille gestattet, mit kurzen Worten: Sorgen wir für die nächsten drei Jahre und überlassen dies den Ueberlebenden. (Gibts denn in Leipzig keine Mitglieder, die nach eventueller Annahme dieser Anträge bereits die „langfristigen“ Karenzzeiten hinter sich haben?)

Red.) Jedenfalls ist es gewagt, 10 Wochen in der 5. Klasse 13,50 oder gar 15 Mk. zu zahlen, das ist denn doch vom Verbandsvorstand etwas zu viel Maggi in die Suppe getan. Beschließen wir als Äquivalent für diesen Witz bei der 5. Klasse 1,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung nach 1 Jahr, 1,75 Mk. nach 2 Jahren und 2 Mk. pro Tag nach 3 Jahren, dann dürften wir das ähnliche treffen, was Zahlstellen bei 50 Pf. Beitrag bisher geleistet haben; in diesem Sinne würden die Delegierten der Klasseneinteilung des Verbandsvorstandes auch zustimmen können und die Verantwortung tragen. Näher wir uns dagegen dem Antrag Mühlhausen zum § 7 dahingehend, die arbeitslosen Mitglieder nach wöchentlichem Beitragsleistung zu unterstützen und zwar mit dem Zusatz: Nach 26 Beiträgen 20 Tage, nach 52 Beiträgen 40 Tage und nach 104 Beiträgen 60 Tage die zu beschließenden Sätze zu zahlen, dann wäre damit eine empfindliche Lücke ausgefüllt, die dem Verbands- und der Kollegenschaft bisher nur Schaden zugefügt hat.

Durch Annahme eines ähnlichen Beschlusses würde die Fluktuation sicher ganz bedeutend eingeschränkt, indem die Mitglieder frühzeitiger in den Genuß ihres Rechtes als Arbeitslosigkeit einreten.

Einen Schaden für die Verbandskasse oder eine Belastung kann ich mir durch meinen Vorschlag nicht herausrechnen. Den älteren Mitgliedern entsteht kein Verlust, den neuen eine zeitige Belohnung über die Nützlichkeit unserer Einrichtungen und viele Mitglieder, die dem Verbands vor dem Jahr den Rücken kehren, würden als Mitglieder erhalten bleiben. Rechnerisch genommen kann hierbei die Verbandskasse durch zweierlei nur gewinnen. Erstens werden eine bedeutende Zahl Austritte unterbleiben, zweitens hat ja das neu eingetretene Mitglied nicht 60 Tage Unterstützung verlangt, sondern der Verbandsrat hatte ihn dies zugesichert. Beschließen wir nun nach 26 Beiträgen 20 Tage, nach 52 Beiträgen 40 Tage und nach 104 Beiträgen 60 Tage zu zahlen, wird uns ein Vorhalt wegen einer Reduzierung nicht gemacht werden können, denn wir erfüllen hiermit nur eine zeitgemäße Pflicht. Diese Auffassung werden wohl mehrere Mitglieder teilen, so daß ich hoffentlich auch mit diesen Gedanken nicht allein stehe.

Im übrigen scheint sich die Kollegenschaft in diesem Jahre ziemlich einig zu sein, soweit man unsere Verbandszeitung als Maßstab anlegt, denn es ist doch das Organ, worin sich die Verhältnisse widerspiegeln. Da nun in diesem Jahre die bedeutendsten Anträge vom Hauptvorstande ausgehen, liegt wohl nichts näher, als daß zunächst die Berliner Zahlstellen durch die Anträge des Hauptvorstandes ihre eigenen Wünsche und Auffassungen bekunden. Zu den früheren Verbands- tagen waren die Zahlstellen die Bebürhtigen und stehen bei unseren Berliner Delegierten vielfach auf harten Widerstand. Dies scheint nach dem geschilberten und auch nach der Diskussion in der „Soli“ für ausgeschlossen und soll uns sehr erwünscht sein, obwohl wir gern von vornherein aus unserer „Intelligenz“ einige Belegungen mit ver- arbeitet hätten. Sch u l z e, Leipzig.

## Aus der Provinz.

Eine eingehende Durchsicht der Anträge zum Verbandstage beweist leider die Tatsache, daß die Kollegenschaft der kleineren Provinzzahlstellen zu wenig Anteilnahme an dieser gewiß sehr wichtigen Tagung nimmt. Dieser Umstand könnte nun den Anschein erwecken, daß die Kollegenschaft mit den bestehenden Verhältnissen vollständig einverstanden ist. Das kann und darf aber nicht der Fall sein, vielmehr erwarten wir, daß dieser Verbandsrat den Verhältnissen der Provinz vollständig Rechnung trägt und auf Mittel und Wege sinnt, unserer Organisation auch auf dem „platten Lande“ immer mehr Eingang zu verschaffen. Da können wir vielen unserer Kollegen und Kolleginnen den Vorwurf nicht ersparen, nachlässig gehandelt zu haben, indem die dringendsten Wünsche nicht zum Ausdruck gekommen sind. Dieser Vorwurf richtet sich in aller erster Linie an die Kollegenschaft in Rheinland und Westfalen. Unsere agitatorisch tätigen Kollegen, welche Gelegenheit hatten, diesen „schwarzen Winkel“ Deutschlands zu bearbeiten, werden bestreiten können, daß nirgends intensiver Agitation notwendig

ist, als gerade hier. In der Heimat der Schwer- eisenindustrie und des Bergbaues wird uns Arbeit- ern doch tagtäglich der Beweis geliefert, daß der Unorganisierte ein willenloses Werkzeug des Aus- beutertums ist und — bleiben wird. Der übergroße Teil der Arbeiterschaft fast aller Berufe ist zu dieser Einsicht gelangt und hat demgemäß gehan- delt. Wir sehen darum auch ein erfreuliches Auf- blühen dieser Organisationen, es sei hier nur an die Metall- und Bergarbeiter erinnert. Wie aber steht es mit unserer Kollegenschaft? Nur ein kleiner Teil Kollegen und Kolleginnen gehört unserer Organi- sation an, ein winziges Häuflein gegenüber dem großen Meer Indifferenter. Wer trägt nun aber die Schuld an diesen unhaltbaren Zuständen? Ohne Zweifel in erster Linie wir selbst! Bei der Fülle von Arbeit, welche unsere junge, mächtig aufste- nende Organisation zu erfüllen hat, ist die Agita- tion in der Provinz vernachlässigt worden. Unsere Funktionäre, mit Arbeit überlastet, sind von der übrigen Kollegenschaft nicht genügend unterstützt worden. Doch Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Wollen wir darum mit aller Energie ans Werk gehen. Die Waffen zum Kampf gegen Unternehmervöllerei und Unverstand soll uns aber der Verbandsrat liefern! In erster Linie müssen wir mit einer Erhöhung unserer Beiträge rechnen. Wir dürfen nicht knauserig sein, denn ohne „Munition“ wäre die Arbeit vergebens. Die Einwendungen, uns würden erhöhte Beiträge die Agitation erschweren, sind hinfällig. Unsere Bru- derorganisationen beweisen das Gegenteil und ein Arbeiter, welcher reif ist für die Organisation, muß wissen, daß eine leistungsfähige Organisation hohe Beiträge voraussetzt. Auch der Einwurf, wir könn- ten an Mitgliedern verlieren, ist falsch. Wir stellen unserer gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit ein schlechtes Zeugnis aus, wenn wir einen berati- gen Standpunkt vertreten würden. Die vom Ver- bandsvorstand geplanten Staffelleistungen sind ohne weiteres zu akzeptieren. In Bezug auf die Unter- stützungsfrage dürfen wir nicht zu große Ansprüche stellen, sollen wir doch dessen eingedenk sein, daß unser Verband eine Kampforganisation ist, welche in aller erster Linie für die Schaffung einer stär- keren Kriegskasse zu sorgen hat. Wenn dieses der Fall ist, wollen wir an den weiteren Ausbau un- serer Unterstützungseinrichtungen denken. Die Hauptaufgabe für uns Provinzialer ist doch wohl der Punkt Organisation und Agitation, und wie viele Wünsche möchten wir da nicht erfüllt sehen. Zuerst muß dafür gesorgt werden, daß Nachbar- zahlstellen resp. solche eines Interessengebietes mehr als wir bisher Zählung nehmen. Die südwestlichen Zahlstellen, bei denen dieses der Fall ist, erfreuen sich auch einer besseren Entwicklung. Durch stetes Hand in Hand arbeiten wird das Interesse der Kol- legenschaft eminent geweckt und gestärkt. Anders ist es hier im rheinischen Industriegebiet, wo der einen Zahlstelle die Existenz der anderen nur durch die Zeitung bekannt ist. Nur wenige Ausnahmen dürften zu verzeichnen sein. Dieser Uebelstand wäre wohl am besten durch eine regelrechte Gauen- teilung beseitigt. Dadurch, daß ein bestimmter Bezir- k eine Zentrale im kleinen erhält, könnte ein vorteilhafter Meinungs- und Erfahrungsaustausch betref- fens Agitation usw. bewerkstelligt werden. Wie oft kommt es vor, daß eine Zahlstelle förmlich am Einschlafen ist, und wie notwendig da eine Aufmunterung am Platz ist, liegt klar auf der Hand. Der Verbandsvorstand kann eben nicht in allen Fällen jederzeit zur Stelle sein, da dieses immer mit größeren Geldeaufwendun- gen verbunden ist, und hier muß dann der einge- setzte Gauvorstand seines Amtes walten. In vielen anderen Fällen, welche hier gar keine Erwähnung finden sollen, z. B. Arbeitsnachweiswesen usw., wäre eine geeignete Gauen- teilung sehr am Platze. Auch hier sei auf unsere Bruderorganisation hinge- wiesen. Wenn der Wunsch nach Anstellung besolde- ter Bezirksleiter laut wird, so bedarf es ja erstlich einer gründlichen Prüfung unserer Finanzverhält- nisse. Ueber die Notwendigkeit dieser Forderung sind wir uns jedoch klar, besonders im westlichen Teil Deutschlands ist die Anstellung einer besolde- ten Kraft unumgänglich, wenn wir uns für später den Vorwurf ersparen wollen, am unredlichen Platz gespart zu haben. Weiterhin muß dafür gesorgt werden, unseren agitatorisch tätigen Kollegen genü- gend Material an die Hand zu geben, viel würde dazu ja ein wöchentliches Erscheinen der „Solidari- tät“ beitragen. Wie vieles wäre noch zu erwähnen, jedoch soll dieses hier vorläufig genügen. Mögen

diese Zeilen ihren Zweck erreichen, nämlich eine gründliche Beteiligung der Provinzkollegenschaft an der Diskussion über Verbandsfragen.

Es ist uns nun aber mehr denn je die Erkenntnis klar, daß nicht der Zentralvorstand und die örtlichen Funktionäre allein die schwierige Or- ganisationsarbeit bewältigen können, sondern daß dazu die Mitarbeit aller Verbandsmitglieder not- wendig ist. Darum ihr Provinzialkollegen und Kol- leginnen, auf zu intensiver Agitation und reger Be- tätigung am Verbandsleben; denn nur dann könn- en wir Vorteile aus unserer Organisation ziehen! Groß an Zahl und ausgerüstet mit bedeutenden finanziellen Mitteln hat noch niemals eine gewerk- schaftlich gesuchte Arbeiterschaft vergebens für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft!

Esien.

W.

## Der Sturmlauf des Mühlhäuser Maschinenmeister-Klubs gegen die Rotations-Hilfsarbeiter.

In unserer bayrischen Haupt- und Residenz- stadt haben wir bis jetzt das eine gute für uns ge- habt, daß das Zusammenarbeiten des gelernten und ungelerten Personals in den Buchdruckereien stets ein harmonisches war und Disharmonie nur soweit verzeichnet werden konnte, als es eben das tägliche gewerbliche Leben mit all seinen Widerwärtigkeiten mit sich bringt. Die Existenzfrage des Hilfsper- sonals wurde anerkannt und Engelsche Theorien ver- fingen bei unseren viel zu vernünftig denkenden Maschinenmeistern nicht.

Nun scheint es aber, als sollte diesem Frieden ein ganz gewaltiger Stoß versetzt werden.

Einzelne Personen des Maschinenmeisterklubs besannen sich nun auf einmal, daß für sie noch eine ganz bedeutende Lebensfrage zu lösen sei, indem da- für Sorge getragen werden müßte, daß an die Ro- tationsmaschinen die im Tarif vorgesehene Hilfs- maschinenmeister gestellt würden. Im großen und ganzen ist dies ein ganz berechtigtes Verlangen, so- lange diese Neueinführung auf Kosten des Unter- nehmers geschehen soll. Anders verhält es sich aber wenn die Entlastung des Arbeitsmarktes der Maschinenmeister eine Belastung unseres Arbeits- marktes herbeizuführen imstande ist und dabei un- ser Sein oder Nichtsein, unsere Existenzfrage auf dem Spiele steht. Da wird es jeder vernünftig denkende Mensch wohl begreiflich finden, wenn auch wir uns mit dieser unseren Lebensnerv berührenden den Frage etwas eingehender beschäftigen.

Ältere Kollegen aus den Kreisen der Buch- drucker versichern uns ja, daß es ihnen vollständig fernliege, durch ihr Vorgehen die Hilfsarbeiter an der Rotationsmaschine zu verdrängen; aber da geht es mir wie dem ungläubigen Thomas, auch ich muß gestehen: „Die Bottschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Ganz abgesehen, daß es wirk- lich Leute unter den Maschinenmeistern geben könnte, die nicht genug wären zu glauben, daß unter den heutigen Verhältnissen die Unternehmer sich her- beilassen, bis jetzt überflüssig gewesene Arbeits- kräfte einzuführen, ohne auf der anderen Seite Ent- lassungen vorzunehmen, liegt es ja garnicht in der Macht der Buchdrucker, die Arbeitgeber zu ver- anlassen, bei dieser Neueinführung eine Reduzierung des Hilfspersonals hintenanzuhalten. Und eben- wenig werden wir es, ohne daß es zu einem Kon- flikt kommt, verhindern können.

Nehmen wir nun an, eine Firma wird ge- zwingen, nur einen Rotations-Hilfsmaschinen- meister einzustellen, so bedeutet dies eine Mehrbelastung der Geschäftsbüchsen von jährlich zweitausend Mark, und unsere Buchdruckermeister, wie wir sie kennen, sind doch viel zu viel Kaufleute, als daß wir an- nehmen könnten, sie würden dieses Mehrkonto aus ihrer eigenen Tasche bestreiten.

Haben es doch alle Tarifabschlüsse gezeigt, daß die Unternehmer im Buchdruckgewerbe es meisterlich verstanden, ihr Schächeln dabei ins Trockene zu bringen und je Verbesserung, die scheinbar den Arbeitern gewährt wurde, ist ihnen selbst wieder, mehr oder weniger, zugute gekommen, wenn auch auf Umwegen.

Greifen wir zum Beweis des Gesagten nur eine Frage heraus.

Mit Siegesbewußtsein konnte nach dem letzten Tarifabschluß der Welt verkündet werden, daß ein weiterer Schritt zur Arbeitszeitverkürzung gemacht und eine halbe Stunde wöchentlich an die Arbeiter

## Korrespondenzen.

Ärgerungen worden sei. Sowie, scheinbar war dieses auch der Fall, aber betrachten wir uns doch jetzt einmal die Sache bei Nacht, wo in Wirklichkeit die Arbeitszeitverkürzung geblieben ist? Vor dem Tarifabschluß hat man es als selbstverständlich angesehen, daß der Arbeiter, der mit reinlichen Händen die Arbeit beginnt, dieselbe auch wieder mit gereinigten Händen beschließt und waren vor Mittag- und Abendbeschluß in fast allen Geschäften wenigstens 5 Minuten zur Reinigung gewährt. Nach der bewilligten halbstündigen wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung hörte diese selbstverständliche Vergünstigung in den meisten Betrieben auf, die Maschinen laufen heute bis punkt Glockenschlag, bei dienstfertigen Meistern oft noch ein bisschen länger und bedeutet somit für den Unternehmer eine tägliche effektive Mehrleistung von 10 Minuten oder wöchentlich eine Stunde gegenüber dem vor dem Tarifabschluß bestandenen Arbeitsverhältnis. Also in Wirklichkeit sieht man, daß unsere Prinzipale das Rechnen verstehen und absolut kein schlechtes Geschäft mit der gepriesenen Ertragskraft ihrer Arbeiter machten. Aber wie gesagt, dies nur so nebenbei, um zu beweisen, daß diese Vergünstigungen in dieser Beziehung nicht hochgehalten werden konnten, die eigentlich doch eine Selbstverständlichkeit des Arbeitsverhältnisses bilden sollten. Und noch viel weniger also wird man Hilfs-Rotationsmaschinenmeister einstellen, ohne zu gleicher Zeit an den Hilfsarbeitern dann zu sparen. Weil wir nun diesen Entwicklungsgang voraussehen und uns nicht täuschen lassen, deshalb wehren wir uns unserer Haut.

Ist es denn notwendig, daß nur immer auf Kosten anderer, auch um die Fristung ihres Lebens kämpfender Arbeiter Erfolge erzielt werden müssen? Wenden wir unser Augenmerk doch nicht nur auf die Rotationsbetriebe, sondern auch auf die anderen Buchdruckereien, wäre es da bei einigem guten Willen und dem nötigen Ernst nicht möglich, die ohnehin zu viel Maschinen bedienenden Meister zu entlasten und einige von ihren Kollegen einzuschließen, um den Arbeitsmarkt zu entvölkern? Ist es notwendig, daß in einzelnen Firmen — nehmen wir unter anderen nur die Firma Gerber heraus — die Maschinenmeister hunderte von Ueberstunden das Jahr überleisten? Selbst in dem erweiterten Betrieb wird nun seit Monaten von morgens bis nachts 11 Uhr gearbeitet, ohne daß seitens der um das Wohl der Maschinenmeister so sehr besorgten Personen des Maschinenmeisterklubs München Protest eingelegt und verlangt wird, daß durch Einführung von Doppelschichten auf einige Zeit ein Teil arbeitsloser Kollegen untergebracht wird. Solchen Mißständen der Ueberstundenindustrie steht man untätig gegenüber und gerade hier böte sich in München ein weites Feld, Abhilfe zu schaffen.

Wenn seitens der Maschinenmeister als Hauptbeweggrund ihres jetzigen Vorgehens angeführt wird, daß sie es nicht mehr dulden, daß Hilfsarbeiter an der Rotationsmaschine technische Verrichtungen vornehmen, die laut Tarif nur den Meistern zutommen, so begreifen wir auch dieses, aber das liegt doch nur in der Natur des bis jetzt gewesenen Verhältnisses. Sollte denn ein Hilfsarbeiter, der jahrzehnte lang mit der Rotationsmaschine umgeht, nicht ebensobald Grüze im Kopfe haben, um sich die Praxis aneignen, wie ein vier Jahre lernender junger Mann, der dann mit seinem Prüfungsgewinn die Qualifikation errungen hat, glücklich einen Rotations-Hilfsmaschinenmeister machen zu können? Ich meine, das verstehe doch wirklich gegen jede gesunde Vernunft. Abhilfe in den Rotationsbetrieben ist vorerst da am nötigsten, wo ohnehin zu wenig Hilfspersonal an der Rotationsmaschine steht, und somit an dieses wie an den Meister zu hohe Anforderungen in Bezug auf Arbeitsleistung gestellt werden. Wenn Hilfsmaschinenmeister aber absolut da sein müssen, so muß wohl auch die Frage erwogen werden, ob langjährigen, praktisch erfahrenen Hilfsarbeitern an der Rotationsmaschine nicht von irgend einer Seite das Präzibat eines Hilfs-Rotationsmaschinenmeisters ausgestellt werden könnte, ohne diese Maßnahme von der Aufnahme in den Buchdruckerverband abhängig zu machen. Dem Buchstaben des Tarifes wäre wie in so vielen Dingen Rechnung getragen und die Streitfrage einer glücklichen Lösung entgegen gebracht.

München.

A. B. S. d.

Dresden. In der am 19. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung erläuterte zunächst Kollege Paul Herrmann einige wichtige Punkte des neuen Vereinsgesetzes. Hierauf hielt Gen. Düvell einen sehr interessanten Vortrag über Fritz Reuter. Der Referent verstand es, durch Rezitation einiger humorvoller Dichtungen Reuters die Versammelten in eine heitere Stimmung zu versetzen. Nach der Wahl eines Vergütungskomitees regte Kollege Krumpfert unter Gewerkschaftlichem an, die Dresdener Verbandstagsdelegierten zu beauftragen, für eine höhere als 5 Prozent betragende, den Zahlstellen verbleibende Vergütungssumme einzutreten, da seiner Berechnung nach dieses für die kleineren und mittleren Zahlstellen zu wenig sei, um ihren Haushaltszettel damit bestreiten zu können. Seiner Ansicht nach sei eine Niedriggütung nach der Anzahl der verkauften Marken, vielleicht pro Marke 2 Pf., der gerechtere Weg, der eingeschlagen werden könnte. Er unterbreitet hierauf noch folgenden Antrag: „Beauftragt hiermit zu § 17 folgendes: Mit dem bisherigen Modus zu brechen und die der Zahlstelle verbleibende Summe zur Verrichtung der örtlichen Ausgaben so zu gestalten, daß nach Maßgabe der Berechnung pro Beitrag und Eintritt eine bestimmte Summe am Ort verbleibt. Kollege Paul Herrmann wendet sich gegen die Ausführungen des Kollegen Krumpfert, indem er hervorhebt, daß es nicht gut möglich sein wird, die Delegierten zu verpflichten, Spezialwünsche auf dem Verbandstag durchzubringen, sondern daß es nötig sein werde, so viel für die Zahlstellen herauszuholen, als wie es unter Berücksichtigung der zentralen Massenverhältnisse möglich sein wird. In demselben Sinne sprachen noch einzelne Redner; namentlich Kollege Sündenhäuf weist darauf hin, daß doch der Antrag des Kollegen Krumpfert garnichts besage und somit auch nicht als Marschroute für die Delegierten angesehen werden könne. Aus diesem Grunde könne man ihm ganz gut zustimmen, worauf der Antrag angenommen wurde. Nachdem dies bekannt gegeben war, daß am 23. Mai eine erweiterte Vertrauensmännerziehung und am 17. Juni eine Versammlung im Volkshaus mit der Tagesordnung: „Berichterstattung vom Verbandstag“ stattfinden wird, fand die Versammlung ihr Ende. F. S.

Hannover. Versammlung vom 14. Mai. Nachdem das Protokoll verlesen und angenommen war, gab Kollege Sparthul bekannt, daß das Resultat der kürzlich aufgenommenen Statistik ein wenig erfreuliches wäre; denn es sind noch ziemlich die Hälfte der Kollegen und Kolleginnen hier am Plage unorganisiert und liegt uns also noch eine kolossale Arbeit ob, um möglichst alle in die Organisation zu bekommen. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal 1908, wonach ein Kassenbestand von 944,37 M. zu verzeichnen ist. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann führte der Kollege Plumhoff den Plan unserer Deistertour vor, welche am Himmelfahrtstage gemacht werden soll. Die Ausarbeitung der Tour fand allgemeinen Beifall und wurde ohne Aenderung angenommen. Unter Verschiedenem gab Kollege Sparthul bekannt, daß die Prinzipale die Arbeitsnachweiskarten in Händen hätten und auch schon verschleierte Arbeitskräfte verlangt wurden. Sodann beantragte Kollege Plumhoff für die Unterkassierer sowie auch für den Kassierer Mappen anzuschaffen. Nachdem eine lebhafte Debatte hierüber stattgefunden hatte, wurde dieser Antrag angenommen. Die Anschaffung der Mappen und der Preis derselben wurde dem Vorstande überlassen. Eine Kollegin führte aus, daß sie bei der Firma Osterwald hätte Nachsicht machen müssen; bei eventueller Weigerung hätte es eben eine andere gemacht und sie wäre ihrer Stellung verlustig gegangen. Kollege Sparthul machte den anwesenden Beamten darauf aufmerksam und hoffte, daß die Polizei sich um diese Angelegenheiten etwas kümmern wird, da bei der Firma Riemen Schneider auch Nachsichten von Kolleginnen gemacht werden mußten und obendrein noch weniger Aufschlag auf Ueberstunden gezahlt wurde, als nach Tarif vereinbart ist. Zum Schluß wurde das Komitee zu unserem am 28. Juni im Waldenburgerturner stattfindenden Sommerfest gewählt. G. W.

München. Am 9. Mai fand unsere ordnungsgemäße Quartalsversammlung statt, welche erfreulicherweise wieder einen sehr guten Verlauf aufwies. Kollege Bergler verlas das Protokoll, welches ohne Einwendung angenommen wurde. Sodann erstattete Kollegin Luise Burkert den Kassenbericht für das 1. Quartal 1908, aus dem zu ersehen war, daß dieses erste Vierteljahr kein günstiges für uns war, indem die Bewegung der Steindruckereihilfsarbeiter eine ziemlich hohe Ausgabe verursachte. Auch die in diesem Frühjahr herrschende Influenza-Epidemie,

die alle Krankenkassen sehr belastete, blieb bei uns nicht ohne Einwirkung. Die Revisoren bestätigten, Bücher und Kasse in bester Ordnung vorgefunden zu haben und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß nach diesem unglücklichen Abschluß sich die kommenden Quartale wieder besser gestalten werden. Vorsitzender Schmid be sprach in längerer Ausführung das bis jetzt getroffene Arrangement für den in unseren Mauern stattfindenden Verbandstag und wurden die getroffenen Maßnahmen der Verwaltung allseitig als befriedigend anerkannt. Kollege Gopfner erstattete sodann den Bericht über die Generalversammlung der Erbskrankenkasse in ausführlicher Weise und knüpfte sich an dessen Ausführungen eine eingehende Debatte. Kollege Bergler richtete an die Mitglieder noch einen feurigen Appell, sich soweit es ihre Zeit erlaubt, an den Verbandstagsverhandlungen und am Sonntag, den 31. Mai, auch am Festkommers sich zahlreich zu beteiligen. Schluß der Versammlung 11 Uhr. — Am 10. Mai, vormittags 10 Uhr, fand eine vollständig besuchte Versammlung der Nacht- und Rotationsarbeiter statt, die sich mit dem Vorgehen des hiesigen Maschinenmeisterklubs gegen die Rotationshilfsarbeiter beschäftigte. Vorsitzender Schmidt referierte in eingehender Weise über die derzeitige Lage, unterzog die Zustände in einzelnen Firmen einer scharfen Kritik, besonders das in einzelnen Geschäften herrschende Ueberstundenunwesen richtig beleuchtend. Die Versammlung teilte in der darauffolgenden Resolution die Ansicht des Vorsitzenden, stellte sich auf den Standpunkt, die Ansicht der Prinzipale in der für uns äußerst wichtigen Frage erst kennen zu lernen, im übrigen aber die Verwaltung zu beauftragen, unverzüglich eine neue Statistik aufzunehmen über die Anzahl der Maschinen und der dort beschäftigten Maschinenmeister. Im übrigen soll volle Solidarität gewahrt werden, gleichviel was nun kommt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Strasbourg i. El. Versammlung vom 25. April. Die Referentin Fräulein Wertheimer gab in kurzen Zügen den Vorteil der Unterrichtsreise bekannt. Sie erklärte auch die einzelnen Stufen und richtete zum Schluß des Referats die Bitte an die weiblichen Mitglieder, sich rege an den Unterrichtskursen zu beteiligen. Diesem Wunsche schloß sich der erste Vorsitzende an. Letzterer verlas sodann ein Schreiben vom Zentralvorstand, in welchem mitgeteilt wird, daß die Zahlstelle Strasbourg zwei Delegierte zum Verbandstag zu wählen hat. Ferner wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß von der Strasbourg Post eine Druckereiverammlung abgehalten wurde und daß bei dieser Gelegenheit 14 Kollegen Aufnahme in unserem Verbands fanden. Kollege Kraft stellte den Antrag, daß der 4. Punkt der Tagesordnung: Delegiertenwahl vertagt werden und eine Urabstimmung stattfinden soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es wurden zur Wahl vorgeschlagen die Kollegen Burthardt, Keller, Wolff und Kraft. Sodann wurden die Anträge zum Verbandstag beraten und ein Antrag, die Delegierten mit gebundenen Mandaten zu senden, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Wegen der vorgerückten Zeit wurde beschloffen, die Beratung in der nächsten Versammlung fortzusetzen. Nach Erledigung des letzten Punktes Verschiebens wurde die Versammlung geschlossen. R. L.

## Literatur.

Preussischer Wahlrechts-Katechismus ist der Titel einer soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Broschüre aus der Feder des Genossen Paul Göhre. In Form von Frage und Antwort werden die haarsträubenden Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlrechts aufgerollt und gleichzeitig der Uebermut der preussischen Junker anschaulich geschildert. Zahlreiche drastische Illustrationen vervollständigen das außerordentlich allgemeinverständlich geschriebene Schriftchen. Auch der Nichtpreuze wird diese Broschüre gern lesen und dadurch einen Einblick erhalten in die Zustände, gegen die die preussischen Proletarier jetzt mit aller Energie Sturm laufen. Preis 15 Pf. Bei Partiebezug Rabatt.

Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage, die beschlossenen Platten zum Haß und zur Verachtung gegen die Beschäftigten öffentlich angezettelt zu haben, von Ferdinand Lassalle. Neue Ausgabe mit einer Vorbemerkung und Anmerkungen von Eduard Bernstein. 68. Jahrgang Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. 55 Seiten. Preis 1 M. Volksausgabe 40 Pf.